



medico international

rundschreiben

04 | 11

www.medico.de



Inhalt

Editorial.....	2
Afghanistan.....	4
Georg Schramm bei „Banken in die Schranken“.....	7
Mexiko.....	8
Mauretanien: Interview mit Pater Jerome.....	14
Nicaragua.....	17
Projekte – Projektionen.....	20
Israel/Palästina.....	22
Chile.....	25
Gesundheit: Interview mit Claudio Schuffan.....	28
Haiti.....	30
Ostafrika: Interview mit Jamal Mahjoub.....	34
medico aktiv	38
medico Materialliste	40
Service/Impressum	42

Titelseite: Die Kirche der Casa Migrante in La Lecheria, einem Außenbezirk von Mexiko-Stadt. Monica Velasquez kommt aus El Progreso in Honduras. Ihr Sohn Carlo wollte im Jahr 2008 zum Arbeiten in die USA gehen. Beim letzten Telefonat war er in San Luis Potosí, südlich von Mexiko-Stadt. Seitdem ist er verschwunden. 20.000 Migranten werden pro Jahr von Drogenkartellen entführt. Foto: Reuters

Liebe Leserinnen und Le

mittlen im Endspurt zur Produktion dieses Heftes platzt ein Kollege in mein Büro: „Schau dir die Live-Übertragung im Internet aus New York an.“ Kein Fußballspiel, sondern die größte Demonstration in New York seit Jahren! Demonstriert wurde gegen die Räumung von „Occupy Wall Street“. Als ich das Büro verlasse, ist die Straße voller Polizei. Schüler und Studenten demonstrieren für bessere Bildung. Eine kleine Gruppe, aber doch in dem Wissen, dass sie jederzeit mehr werden können. Der Protest hat sich den öffentlichen Raum zurückerobert. Das ist fast schon eine frohe Botschaft zu Weihnachten. Diese Bewegungen gegen die Macht der Banken, für eine radikale Demokratie und sozialen Gemeinsinn sind in all ihrer Unterschiedlichkeit global und entfalten sich im Wissen voneinander. Von denen, die Widerspruch einlegen, berichtet dieses Heft an vielen Beispielen: Homs, Santiago, Frankfurt.

Wir sind 99 Prozent – rufen die Demonstranten in New York. Dies ist eine große Kraft, eine Form der Selbstvergewisserung angesichts der Überlegenheit, die die Macht der Tatsachen besitzt. Eine solche Tatsache ist, dass an vielen Orten der Welt, Menschen nicht mehr menschenwürdig leben können und an hoffentlich bessere Orte auswandern. Dass sie ihr Leben riskieren, wissen sie. Die Abschottungspolitik der prosperierenden Regionen in Nordamerika und Europa nimmt den Tod vieler Migranten bewusst in Kauf. Abschreckungspolitik ist eine

ser,

milde Bezeichnung für diese Form der Menschenverachtung.

In Lateinamerika ist auf diese Weise ein Phänomen in die Politik zurückgekehrt, das man mit dem Ende der Diktaturen endgültig besiegt glaubte: die „desaparecidos“, die Verschwundenen. Ramona Lenz und Dieter Müller kommen in ihrer Reportage ganz nah an die menschlichen und politischen Folgen, die das „Verschwindenlassen“ hat. Sie berichten von zentralamerikanischen Müttern, die in Mexiko nach ihren verschwundenen Kindern suchen. Die Kinder wurden, so muss man vermuten, zum größten Teil Opfer von Gewaltverbrechen, begangen von Verbrecherbanden, die allzu häufig mit polizeilichen Institutionen verwickelt sind oder gar aus ihnen kommen.

War zu Zeiten der lateinamerikanischen Militärdiktaturen das „Verschwindenlassen“ ein teuflisches staatliches Repressionsinstrument, das zur Einschüchterung des politischen Widerstands eingesetzt wurde, so ist das „Verschwindenlassen“ auch heute eine systematische Erscheinung. Nur richtet es sich nicht gegen eine politische Bewegung, sondern gegen die Bewegung der Ausgegrenzten. Heute wie damals werden sie kriminali-



siert. Die Autoren der Verbrechen sind ebenfalls „Kriminelle“ – der Staat kann seine Hände in Unschuld waschen. Die systematische Straflosigkeit aber und die militarisierte Abschottungspolitik machen die staatlichen Apparate von Mexiko bis Kanada zu Komplizen und Nutznießern dieser Verbrechen. Man muss sie ihnen anlasten. Wie wichtig ist es deshalb, dass die Mütter der Verschwundenen – wie die argentinischen Frauen vom Plaza de Mayo – sich wieder organisieren, dass sie Verbündete in Mexiko haben, die sie unterstützen bei der Aufklärung der Einzelschicksale und bei dem Öffentlichmachen dieser Verbrechen. Sie heben die Vereinzelung auf, auch das eine Macht, die die Dinge verändern kann. Als Form globaler Solidarität hat medico diese Aktion mit Ihren Spendengeldern finanziert. Wir sind uns sicher, dass wir ganz in Ihrem Sinne handelten.

Herzlichst Ihre

Monica Velasquez aus Honduras fragt in der Casa Migrante von La Lecheria nach ihrem verschollenen Sohn. Die anwesenden Migranten geben den Hinweis, eine dem Fotografierten ähnelnde Person unlängst gesehen zu haben. Mit Hilfe der Mesoamerikanischen Migrantenbewegung (MMM) findet sie den jungen Mann. Es ist aber nicht ihr Sohn.

Kultur der Niederlage

Der Westen müsste aus seinem Scheitern lernen, um für Afghanistan eine Perspektive zu entwickeln



Foto: Official U.S. Marine Corps

Seit über 30 Jahren bestimmen Krieg und Gewalt das Leben in Afghanistan. Heute, zehn Jahre nach dem Einmarsch von NATO-Truppen, ist die Lage komplizierter denn je. Das Land am Hindukusch steht vor einer ungewissen, einer beunruhigenden Zukunft.

Aus einem Militärschlag gegen Terroristen ist ein Krieg geworden, der längst über die Grenzen von Afghanistan hinaus geführt wird. Immer mehr Zivilisten fallen ihm

heute zum Opfer, und immer schwerer fällt es, die Hoffnung auf soziale Entwicklung aufrecht zu halten. Das Engagement der „Internationalen Schutztruppen“ (ISAF), an der auch 5.000 Bundeswehrsoldaten beteiligt sind, ist politisch und militärisch gescheitert. Selbst die notorischen Schönredner unter den deutschen Politikern, die das unselige Geschehen lange Zeit verharmlost haben, suchen nun – die Niederlage vor Augen – nach Auswegen.

Zug um Zug sollen bis 2014 die Soldaten abgezogen und die Sicherheitsverantwortung an die afghanische Regierung übergeben werden. „Transition“ lautet das Zauberwort, das unterdessen von Konferenz zu Konferenz eilt, aber bei näherer Betrachtung doch nur den alten Zweckoptimismus erkennen lässt. Denn nichts spricht dafür, dass sich die Lage der Menschen in Afghanistan nachhaltig verbessern könnte. Auf diese düsteren Perspektiven Afghanistans haben zuletzt mit Citha Maaß und Thomas Ruttig ausgewiesene Kenner der afghanischen Verhältnisse in einer Analyse für die „Stiftung Wissenschaft und Politik“ hingewiesen.

Bereits eine simple Rechenoperation macht das klar: Um die Verantwortung übergeben zu können, plant die NATO eine Aufstockung der afghanischen Sicherheitskräfte auf sage und schreibe 350.000 Mann. Für den Unterhalt einer Truppe von solcher Stärke würden pro Jahr ca. 6 Mrd. \$ benötigt. Zum Vergleich: das Bruttoinlandsprodukt Afghanistans betrug zuletzt 14 Mrd. \$, die Gesamteinnahmen der Regierung gerade mal 5 Mrd. \$. Schon jetzt steht fest, dass die Rechnung, die den Afghaninnen und Afghanen in einigen Jahren aufgemacht werden wird, gewaltig ausfallen dürfte. Gerade kürzlich haben republikanische Abgeordnete im US-Kongress gezeigt, wie das geht: ernsthaft verlangten sie vom Irak eine rückwirkende Beteiligung an den Kosten, die den USA mit der Bombardierung des Landes entstanden sind.

Es sind viele Unwägbarkeiten, die den Übergangsprozess zu einer für die afghanische Bevölkerung hochriskanten Angelegenheit machen. Da in Afghanistan in den zurückliegenden Jahren alles von militärischer Logik dominiert war, konnten

sich weder ein ziviles Leben entfalten noch jene gesellschaftlichen Institutionen entstehen, die den Rechten der Menschen verpflichtet sind. Weder gibt es heute ein funktionierendes Justizwesen noch unabhängige Medien und auch keine politischen Kräfte, die dem Machtgeschacher der Warlords, Regionalfürsten und ehemaligen Mujaheddin-Führer wirkungsvoll entgegentreten könnten. Vom Aufbau einer unabhängigen Justiz und zivilgesellschaftlicher Organisationen war zwar oft die Rede, getan aber wurde dafür viel zu wenig.

Erstarkte Oligarchie

Mit Unterstützung der Interventionskräfte ist stattdessen wieder die alte Machtoligarchie erstarkt, die – bei aller Zerstrittenheit – das Interesse eint, sich gegenseitig die Pfründe zuzuspielen. Vornehmliches Ziel sind die Profite aus dem, was im Zuge der Invasion an Wirtschaft entstanden ist: aus der Drogenökonomie, der Bau- und Immobilienspekulation, den Geschäften mit der internationalen Hilfe und der Besatzung selbst. Wenn den Akteuren zur Wahrung ihrer Interessen eine Neuordnung des Machtgefüges opportun erscheint, sind Absprachen selbst unter bisherigen Gegnern möglich. Dabei kann es dann auch zur Beteiligung der Taliban und anderer Aufständischer kommen. Informell, indem ihnen die Herrschaft über einen Großteil der ländlichen Gebiete überlassen bleibt; formell, indem sie Teil des Regierungsapparates werden.

Für die Bevölkerung ergibt sich aus beiden Möglichkeiten nichts Gutes: sie würde Opfer bleiben von anhaltender Korruption, Willkür und eines schwelenden Machtkonfliktes, der jederzeit in einen offenen Bürgerkrieg umschlagen kann. Die anderen

Szenarien allerdings sind nicht besser – im Gegenteil. Gerade weil das Land nun im Eiltempo mit Soldaten und Waffen hochgerüstet wird, nimmt die Gefahr der Rückkehr in den Bürgerkrieg zu. Schon heute zeugen die hohe Desertionsrate und all die Anschläge, die aus Reihen der afghanischen Sicherheitskräfte selbst verübt werden, von einem Sicherheitsapparat, der für den Fall, dass die bestehende fragile Machtbalance ins Wanken kommen sollte, schnell wieder zerfallen könnte. Eine Entwicklung wie im heutigen Somalia ist dann nicht auszuschließen.

Die zurückliegenden zehn Jahre waren für die Menschen in Afghanistan weitgehend verschenkte Jahre. Da zu keiner Zeit die strukturellen Ursachen des Konfliktes, die sozialen und wirtschaftlichen Nöte der Bevölkerung, die himmelschreiende Armut und all das Unrecht angegangen wurden, verbinden die Leute mit dem Datum 2014, wenn von den 130.000 Soldaten nur noch ein paar westliche Militärausbilder und die Truppen auf den US-Militärbasen geliebt sein werden, nicht den Beginn des Friedens, sondern nur die Fortsetzung von Gewalt und Unterdrückung. Etwa 2 Billionen \$ wird der Afghanistan-Einsatz dann verschlungen haben, wovon Deutschland zwischen 26 und 46 Mrd. \$ beigesteuert haben wird. Zu Recht wird schon heute die Frage laut, was mit all dem Geld hätte geschehen können, wenn es bei der Entscheidung um das Afghanistan-Engagement wirklich um die Förderung von sozialer Entwicklung und Demokratie gegangen wäre.

Schneidiger Kasinoton

Das Scheitern, das heute in Afghanistan unverkennbar ist, könnte aber wenigstens für eines gut sein. Dafür nämlich, um aus

den Fehlern zu lernen. Das freilich würde eine „Kultur der Niederlage“ voraussetzen und endlich Schluss machen mit der unseligen Vorstellung, Konflikte immer und überall mit militärischen Mitteln lösen zu können. Die Idee der „internationalen Schutzverantwortung“ (responsibility to protect) bleibt solange nur Alibi für die Sicherung von westlicher Vormacht, wie nicht auch die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Ohne demokratisch legitimierte internationale Institutionen, die über militärisches Handeln zum Schutz universeller Menschenrechte jenseits von hegemonialen Interessen entscheiden könnten, und ohne Aufwertung des UN-Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC), der 1948 mit dem Ziel gegründet wurde, durch Förderung von sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung Konflikten vorzubeugen, mit anderen Worten: ohne andere globale Verhältnisse, spielt die Idee der „internationalen Schutzverantwortung“ in die Hände derer, die für das Elend der Welt Verantwortung tragen.

Zu den vordringlichsten Schlüssen, die heute aus dem Scheitern in Afghanistan zu ziehen sind, zählen deshalb die Erkenntnis, wie falsch die Ausrichtung von Politik an Sicherheitsstrategien ist, und dass der schneidige Kasinoton, der zuletzt selbst in die Überlegungen von europäischen Intellektuellen Einzug gehalten hat, nur in die Irre führt. Für Afghanistan heißt das heute, auf eine langfristige Strategie zu setzen: auf die Förderung von politischen Gegenkräften, auf unabhängige Medien und demokratische Basisorganisationen, auf Menschenrechtsaktivisten, Selbsthilfegruppen und Initiativen, die sich um die Opfer von Gewalt und Unterdrückung kümmern. Sie alle werden künftig noch mehr Beistand nötig haben. ■

Alternativen in der Systemkrise

Georg Schramm alias Lothar
Dombrowski erinnert sich*

Ich erlaube mir in bester polemischer Absicht zu behaupten, dass es eine dreiste Lüge ist, Tag für Tag das Regierungshandeln als alternativlos zu verkaufen, weil keine historischen Vorbilder für die gegenwärtige Finanzkrise existieren. Vor 80 Jahren erschütterte eine sehr gut dokumentierte und analysierte globale Krise die Industriestaaten. Die damaligen Lösungsversuche konnten unterschiedlicher kaum sein. Durch Deutschland ging zum Beispiel im März 1933 ein außergewöhnlicher Ruck: Hitler hatte die demokratischen Grundrechte abgeschafft - ein Gesetz, das wir alle Ermächtigungsgesetz nennen, aber in Wirklichkeit hieß es Gesetz zur Beseitigung von Not und Elend im Deutschen Volk; es war die Antwort der Nationalsozialisten auf die Wirtschaftskrise und Finanzkrise. Dafür gab es sogar eine Mehrheit im Reichstag! Hitler versprach dem bürgerlichen Lager, dass Amt und Funktion des Reichspräsidenten Hindenburg erhalten bleibt, wenn sie zustimmten, dass die demokratischen Grundrechte abgeschafft würden. Für diesen Judaslohn verkaufte das bürgerliche Lager seine Stimme! Alternativlos sozusagen - in einer systemischen Krise! Und während sich bei uns Hochfinanz und Schwerindustrie einen rechtsradikalen Schlägertrupp leisteten, um der Wirtschaftskrise entgegenzutreten, ging in den USA ein ganz anderer Ruck durchs Land. Fünf Tage bevor Hitler hier die demokratischen Grundrechte außer Kraft

setzte, tat der amerikanische Präsident Roosevelt das Gegenteil. Er setzte in den USA, im kapitalistischsten Land der Erde, ein 650 Seiten dickes Gesetzeswerk in Kraft, den so genannten New Deal Act. Das geschah in einem Land, das sich damals ebenfalls in einer schweren Krise befand: Vier Jahre Rezession, Massenarbeitslosigkeit, Zusammenbruch des Bildungssystems, Verarmung der Mittelschicht, das Land ausgeplündert von Superreichen - in etwa so wie heute. Eine Generation später war Amerika ein blühendes Land, es hatte eine prosperierende Mittelschicht, keine Arbeitslosenquote, die den Namen verdiente, aber einen Mindestlohn, der den Namen verdiente, es gab Universitäten, Straßen, Schulen, die damals ihresgleichen suchten. Wie hat Roosevelt das gemacht? Durch eine systematische Verringerung des Abstandes zwischen Arm und Reich. Er hat die Einkommenssteuersätze auf 78 %, die Erbschaftsteuer auf 48 % hoch getrieben. Als das Geld noch nicht reichte, mussten die Reichen zwangsweise ihr Gold dem Staat verkaufen und dann fand dieses Land seinen inneren Frieden - über eine ganze Generation! ■

Foto: Christoph Boeckheler



*Georg Schramm ist Mitglied im Kuratorium der *stiftung medico international*. Wir veröffentlichen Auszüge aus seiner Rede auf dem Aktionstag „Banken in die Schranken“, am 12.11.2011 in Frankfurt am Main.

Die verschwundenen Kinder

Mütter aus Zentralamerika suchen ihre Angehörigen und werden da-
von der mexikanischen Zivilgesellschaft unterstützt. Eine Reportage von
Dieter Müller



Lechería, wenige Kilometer nördlich von Mexiko-Stadt, ist ein zentraler Verkehrsknotenpunkt, der von sämtlichen Güterzügen passiert wird, die das Land von der Süd- zur Nordgrenze durchqueren. Auf riesigen Gleisanlagen werden sie dort rangiert und fahren auf drei ver-

schiedenen Strecken weiter Richtung USA. Mit den Eisenbahnen kommen die zahlreichen Transitmigranten und -migrantinnen aus Zentralamerika nach Lechería, die jeden Tag im Süden auf die fahrenden Züge aufspringen, um nach einer wochenlangen beschwerlichen Rei-

bei von der Ramona Lenz und



Foto: Reuters

se die 3.000 Kilometer entfernte US-Grenze zu erreichen. Längst nicht alle kommen ans Ziel.

Ganz in der Nähe der Gleise befindet sich die Herberge San Juan Diego. Hier herrscht ein reges Kommen und Gehen. Migranten auf dem Weg nach Norden tragen sich bei den freiwilligen Helfern am Eingang in eine Liste ein, um sich für einige Stunden ausruhen, Wäsche waschen und mit ihren Angehörigen telefonieren zu können. Andere sammeln sich schon wieder vor dem Gebäude, um ihren Weg fortzusetzen. Es ist schwieriger geworden, von Lechería aus auf einen Güterzug zu gelangen, seit die Bahnstrecke vor einigen Jahren privatisiert wurde und entlang der Gleise hohe Zäune mit Stacheldraht errichtet wurden.

Die Migranten müssen nun weitere Wege in Kauf nehmen und sind stärker auf Leute angewiesen, die ihnen den Weg zur nächsten Aufsteigegelegenheit zeigen. Die Gefahr, zum Opfer von Menschenhandel oder anderer Verbrechen zu werden, stieg dadurch an.

Kommen und Gehen

Einige der Migranten und Migrantinnen, die wir an einem Sonntag im August in Lechería antreffen, sind verwundet. Traurige und misstrauische Blicke lassen die seelischen Verletzungen erahnen. Ein Fünfzehnjähriger aus Honduras ist verzweifelt. Ihm fehlt die Kraft weiterzugehen, aber zurück kann er auch nicht. „Ich habe keine Eltern mehr, auch keine Brüder und Schwestern“, sagt er. „Ich bin ganz allein. Und hier in Mexiko kann ich niemandem vertrauen.“

Es sind vorwiegend junge Männer, die wir in der Herberge antreffen. Aber auch Frauen und Paare sind unterwegs. In dem Schlafsaal, in dem rund dreißig Männer und Frauen auf engstem Raum in Stockbetten untergebracht sind, übernachtet gleich vorne am Eingang ein Paar aus Honduras, das sich von seinen drei erwachsenen Kindern und den Enkeln verabschiedet hat, um im Norden Mexikos oder in den USA Arbeit zu finden. Sie haben sich ein bisschen angefreundet mit einem ganz jungen Paar aus Nicaragua, das das Doppelstockbett neben ihnen belegt. Die junge Frau ist im fünften Monat schwanger. Auch sie rennt den Güterzügen hinterher. Vielleicht schafft sie es bis in die USA, bevor ihr Kind zur Welt kommt.

Hoffnung und Verzweiflung liegen in diesem Raum dicht beieinander. Am anderen Ende des Schlafsaals sitzen die Versehrten beisammen. Junge Männer mit zerschundenen Füßen und Wunden von Ästen, die ihnen auf dem Zugdach das Gesicht zerschnitten haben. Am schlimmsten dran ist ein junger Mann, dem die Beine amputiert werden mussten. Er war vom Zug gefallen und unter die

Räder gekommen – was immer wieder passiert. Die Männer starren auf den Fernseher in der Ecke, der eine US-amerikanische Seifenoper zeigt. Eine Augenärztin, die am Wochenende aus der Stadt kommt, um unentgeltlich bei der medizinischen Versorgung verletzter und kranker Migranten zu helfen, und eine Krankenschwester kümmern sich um sie.

Entführt und erpresst

Als sei die illegale Reise durch Mexiko nicht auch so schon hart genug, haben Entführungen und Ermordungen von Migranten und Migrantinnen in den letzten Jahren stark zugenommen. Längst handeln die brutalen mexikanischen Kartelle nicht mehr nur mit Drogen und Waffen, sondern auch mit Menschen. Sie bereichern sich an der Not der Ärmsten, nicht nur indem sie den Migranten beträchtliche Summen abnehmen, um sie passieren zu lassen oder um sie auf vermeintlich sichere Migrationsrouten zu führen. Seit einigen Jahren entführen sie die Menschen aus Zentralamerika auch und bringen sie in sogenannte *casas de seguridad*. Mit Sicherheit haben diese Häuser jedoch nichts zu tun. Entführte werden hier zu Hunderten festgehalten, bis die Familien

in ihrem Herkunftsland oder in den USA die geforderten Lösegelder bezahlt haben. Können die Familien nicht zahlen, werden sie ermordet – oder in den Dienst der mexikanischen Mafias gezwungen. 20.000 Menschen werden nach Schätzungen der staatlichen mexikanischen Menschenrechtskommission CNDH jedes Jahr entführt, sechs von zehn Frauen auf ihrem Weg durch Mexiko vergewaltigt.

Auch wenn diese Verbrechen schon seit Jahren geschehen, hat erst das Massaker an 72 überwiegend zentralamerikanischen Migranten und Migrantinnen, das im August 2010 in San Fernando im Bundesstaat Tamaulipas geschah, öffentliche Aufmerksamkeit für das Problem erregt. Polizei und Justiz ignorieren die Vergehen in der Regel oder sind selbst in das organisierte Verbrechen involviert.

Auf der Suche

Wenn der Kontakt abbricht, wissen die Familien in den zentralamerikanischen Herkunftsländern oft nicht, wo ihre Angehörigen geblieben sind. Seit einigen Jahren organisiert die von Mexiko aus agierende medico-Partnerorganisation Movimiento Migrante Mesoamericano daher Karawanen von Angehörigen,

die ihre verschwundenen Familienmitglieder in Mexiko suchen. medico unterstützte die 7. Karawane, die vom 27.10. bis 10.11.2011 stattfand. 33 Mütter aus Honduras, Nicaragua und El Salvador reisten auf der Suche nach ihren verschwun-



Alltag des Wartens in der Casa Migrante, San Juan Diego.

Ein junges Paar aus Nicaragua. Im fünften Monat schwanger, hofft die junge Frau noch immer, ihr Kind in den USA zur Welt zu bringen.

denen Töchtern und Söhnen, die sich in Richtung USA aufgemacht hatten und von denen sie teilweise seit Jahren kein Lebenszeichen mehr bekommen haben, durch Mexiko.

Dilma aus Honduras ist eine der Mütter aus der Karawane. Ihre Tochter Olga hatte Honduras vor zwei Jahren, im Oktober 2009, verlassen. Sie glaubte an den „amerikanischen Traum“. Ihre fünf Kinder ließ sie in der Obhut der Großmutter. Das letzte Mal hörte Dilma im Januar 2010 von ihrer Tochter. Olga rief aus Tapachula im Süden Mexikos an, wo sie Arbeit in einer Fabrik gefunden hatte und erstmal bleiben wollte. Seither hat Dilma nichts mehr von ihr gehört.

Auch die Spur von Marias Tochter verliert sich in Tapachula. Maria hatte sich vor zwei Jahren schon einmal eigenständig auf den Weg von Nicaragua nach Mexiko gemacht, um ihre Tochter zu suchen. Sie hatte einen Hinweis erhalten, dass sie in einem Bordell in Tapachula festgehalten und zur Prostitution gezwungen würde. Obwohl sie bei ihrer Suche bedroht wurde, gelang es Maria einmal, in einen Keller vorzudringen, in dem Frauen eingesperrt waren. „Es war grauenhaft“, erinnert sie sich. Ihre Tochter war nicht dabei. Sie hat sie bis heute nicht gefunden.

Der Gewalt ein Ende

Auf allen Stationen ihrer Karawane legen



Foto: medico

die Mütter Bilder von verschwundenen Migranten und Migrantinnen an öffentlichen Orten aus und hoffen, dass jemand ihre Angehörigen erkennt und Hinweise zu ihrem Verbleib geben kann. Sie besuchen Leichenschauhäuser, um Fotos von Unbekannten anzuschauen, die in Sammelgräbern bestattet wurden, und gehen in Gefängnisse, in denen Migranten ohne jeglichen Außenkontakt festgehalten werden. Das Movimiento Migrante Mesoamericano fordert seit langem den Zugang zu den Datenbanken von Gerichtsmedizin, Friedhöfen, Polizei, Migrationsbehörde, Justiz, Strafvollzugsanstalten und Krankenhäusern, um die Suche zu erleichtern. Statt permanent in dem zermürbenden Warten auf Nachricht zu verharren, begeben die Teilnehmerinnen der Karawane sich aktiv auf die Suche nach ihren Kindern. Das Movimiento Migrante Mesoamericano ermöglicht ihnen eine legale Einreise nach Mexiko und unterstützt die Frauen bei der schwierigen Suche. Einige erhalten tatsächlich Hinweise auf den Verbleib ihrer Angehörigen. Über die Unterstützung der Einzelnen hinaus gelang es dem Movimiento Migrante Mesoamericano gleichzeitig, mit der Karawane in Me-

xiko und international die Öffentlichkeit auf das Ausmaß der Gewalt, der Migranten und Migrantinnen auf dem Weg in die USA ausgesetzt sind, aufmerksam zu machen. Damit die Menschenrechtsverlet-

zungen in Mexiko endlich geahndet werden und die Menschen in der Migration ihnen nicht länger vollkommen schutzlos ausgeliefert sind. ■

migration/mexiko

Was tun unsere Regierungen?

Menschenrechtsverletzungen gegen Migranten können nur gestoppt werden, wenn die Kriminalisierung der Migration beendet wird. Von Marta Sánchez



Marta Sánchez ist Koordinatorin unserer Partnerorganisation Movimiento Migrante Mesoamericano, die seit 2006 Karawanen von Menschen aus Zentralamerika organisiert, die in Mexiko nach ihren in der Migration verschwundenen Angehörigen suchen.

Seit dem Jahr 2000 kommen immer wieder kleine Gruppen von Müttern aus Mittelamerika nach Mexiko, um nach ihren verschwundenen Töchtern und Söhnen zu suchen. Sie

finden in Mexiko kein Gehör. Deshalb unterstützen wir die Angehörigen von Mexiko aus seit 2006 mit organisierten Karawanen. An erster Stelle geht es um den Wunsch der Mütter, ihre geliebten Kinder zu finden. Aber ihnen und uns geht es auch darum, dass der Gewalt Einhalt geboten wird. Die Straffreiheit muss bekämpft werden. Wenn niemand zur Rechenschaft gezogen wird, werden sie oder andere Mütter immer weiter nach Angehörigen suchen müssen.

Wir haben nicht nur eine humanitäre, sondern auch eine politische Mission. Wir protestieren gegen unsere Regierung und die Regierungen aller Länder. Nicht nur wegen der Übergriffe gegen Migranten und Migrantinnen im Transit, sondern auch weil es überhaupt zu erzwungener Migration kommt. Was passiert in unseren Ländern, einschließlich Mexikos, dass Menschen ihre Lebenswelten verlassen und sich unter extrem prekären Bedingungen auf diesen ungewissen Weg machen müssen?

Marta Sánchez (links) auf einer Pressekonferenz.

Stilles Gedenken für die „Verschwundenen“: Tausende Migranten werden jährlich von Drogenkartellen verschleppt.



Foto: medico

zwingen sie, „Profis“ in Anspruch zu nehmen. „Profis“ der organisierten Kriminalität, die die Routen des Drogenhandels, des Menschenhandels und der Klandestinität kontrollieren.

Überall in Mexiko haben wir Menschen getroffen, deren Familienangehörige – unabhängig von Migrationsbewegungen – Opfer brutaler Gewalt geworden sind. Wir frühstückten in einer kirchlichen Tagungsstätte. Die Köchin begann zu weinen und umarmte uns, weil ihr Sohn vor zwei Monaten ermordet wurde. Auf den Plätzen, wo wir unsere Aktionen durchführten, trafen wir trauernde Mütter, die ebenfalls nach ihren Töchtern und Söhnen suchen. Wir begegneten Menschen aus Mexiko, die sich nun ebenfalls organisieren, um ihre verschwundenen Angehörigen zu suchen. Allerorten taucht das Problem auf. Wir fragen uns: Was denken sich die Verantwortlichen? Wie lange kann ein Land ein Problem dieser Größenordnung aushalten?

Wir können nur eines tun: Die Missstände öffentlich machen und zur Anklage bringen; Aktionsformen finden, die das System zwingen anzuerkennen, was geschieht, und wenigstens in Teilen etwas zu verändern. So können sie nicht weiter machen, sie müssen etwas verändern. ■

Vor wenigen Tagen haben wir in San Fernando eine Gedenkveranstaltung abgehalten. Genau dort, wo vor über einem Jahr 72 Migranten und Migrantinnen auf grauenhafte Weise umgebracht wurden. Mexiko ist heute sicher eines der gewalttätigsten Länder der Welt – aber überall auf der Welt müssen Mütter nach ihren verschwundenen Kindern suchen. Denn weltweit werden die Schrauben gegen die Migration enger gezogen. Überall nimmt die Tendenz der Kriminalisierung von Migranten und Migrantinnen zu. Und das drängt sie auf Routen, die sie der organisierten Gewalt ausliefern. Die Verschärfung der Migrationsgesetze und die zunehmende Abschottung der Grenzen

Projektstichwort

Gesundheitliche Menschenrechtsarbeit ist heute unweigerlich mit Kriminalisierung und der Ausbeutung der Migration konfrontiert. In Zentralamerika sind die Rücküberweisung ein Wirtschaftsfaktor und die Gewalterfahrungen der Menschen auf dem Weg nach Norden ein düsterer Schatten über dem Leben ganzer Familien. medico hat deshalb die Projektarbeit in diesen Bereich begonnen auszuweiten. Das oben beschriebene Movimiento Migrante Mesoamericano, das den vielfältigen Verbrechen zivilen Widerstand entgegensetzt, unterstützt medico genauso wie die Gesundheitsarbeit in der *casa del migrante* „La 72“ in Tenosique. Spenden werden erbeten unter dem Stichwort: **Migration**.

Sackgasse der Verzweiflung

Europas langer Arm bringt hier den Tod – Ein Interview mit Pater Jerome, der die Migranten betreut

Wie ist die Situation der Migranten in Nouadhibou? Mauretanien ist ein zu 99% muslimisches Land?

Das Leben der Migranten hier ist außergewöhnlich. Wenn ich von Migranten spreche, dann meine ich subsaharische Afrikaner. Sie sind angreifbar, weil sie schwarz, weil sie Afrikaner und weil sie Migranten sind – und, wenn auch nicht alle, den christlichen Glauben praktizieren. Wir hören jenen zu, die hierher kommen und versuchen ihnen auch spirituell beizustehen.

Die Stadt war schon immer ein Ort der Arbeitsmigranten und nicht allein ein Transitraum auf dem Weg auf die Kanarischen Inseln und nach Europa...

Nouadhibou war immer ein Ort vieler Wünsche. Menschen kamen um zu arbeiten, um ein besseres Leben zu finden, manche nahmen ein Boot nach Europa. Aber längst ist die Stadt eine Sackgasse, die die Migranten nicht mehr verlassen können. Europa will diese Menschen nicht und nur die allerwenigsten können zurück. So stehen sie auf einem Grat zwischen zwei Abgründen. Ohne jemanden, der ihnen zuhört, verlieren diese Unglücklichen jedes gesellschaftliche Zugehörigkeitsgefühl. Wir versuchen, ihnen auch praktisch zu hel-



Pater Jerome im mauretanischen Nouadhibou: „Jeden Tage se

fen. An erster Stelle steht die Gesundheitsversorgung. Der mittellose Migrant, der niemanden kennt, ist Krankheiten schutzlos ausgeliefert. Deshalb bieten wir eine Basisgesundheitsversorgung an, leisten Erste Hilfe und haben einige Medikamente vorrätig. All dies geschieht so weit als möglich kostenlos.

Endstation Transit

Die mauretanische Hafenstadt Nouadhibou war schon immer ein Ziel- und Sehnsuchtsort afrikanischer Migranten. Hier ist das Tor zu den Kanarischen Inseln, und hier begann der Sprung über das Meer in ein erhofftes besseres Leben. Nouadhibou, mit Fischerei- und Erzhafen das Wirtschaftszentrum des Landes, hat heute ca. 160.000 Einwohner, davon geschätzte 10.000 - 40.000 Migranten, von denen ca. 70% letztendlich nach Europa oder Nordamerika weiterreisen wollen. Die meisten von ihnen kommen aus West- und Zentralafrika, unter ihnen immer mehr Frauen und Familien.

War die Stadt früher ein Ort des Transits nach Europa, ist sie heute eine Sackgasse der Verzweiflung. Das europäische Grenzregime presst hier Tausende in eine feindliche Umgebung, in der sie gezwungen sind zu verweilen, die zum Sterben zu viel, aber zum Leben umso weniger bietet. Seit 2003 leitet der nigerianische Pater Jerome die über 60 Jahre alte Mission, deren Gemeinde nur aus Migranten besteht. Teil der Seelsorge des neuen medico-Partners ist nicht nur eine Rechtsberatung, sondern auch Gesundheitsversorgung, die sich als lebensrettend erweist. ■

r Jerome, der in Mauretanien



Foto: Reuters

he ich Migranten sterben“.

Seitdem die europäische Grenzschutzagentur Frontex in Nouadhibou präsent ist, wird es für schwarze Menschen fast unmöglich, sich am Strand aufzuhalten, weil sofort eine illegale Überfahrt nach Europa vermutet werden kann...

Nouadhibou ist mittlerweile ein „Vorhof“

Europas, und Frontex übt einen solchen Druck aus, dass es für Afrikaner inzwischen sogar schwierig ist in afrikanischen Ländern zu leben. Heute verfolgen dich in einer Stadt wie Nouadhibou, von der du denkst, dass du da zumindest überleben kannst, de facto europäische Gesetze – egal ob du bleiben oder ein Boot nach Europa nehmen willst. Früher

war die Arbeit der Migranten erwünscht, ob nun im Fischereihafen oder bei der Erzverladung; heute sollen sie möglichst unsichtbar bleiben. Selbst ich wurde dreimal eingesperrt, schikaniert und getreten, weil ich schwarz bin, nicht von hier komme und die Polizisten meine Identität nicht kannten.

Die Leute sind um die 20 Jahre alt, wenn sie hier ankommen, dann beginnt das Warten und fast alle verlieren ihre Zukunft. Wie gehen Sie als Priester damit um?

Tatsächlich wurde mein Glaube erstmals in Nouadhibou wirklich geprüft. Zu Anfang wollte ich nur fort, weil ich diese hoffnungslose Welt nicht aushalten konnte. Jeden Tag sah ich die Menschen sterben und es laugte mich unendlich aus, sie zu begraben, anstatt ihnen zu helfen. Dann entschied ich mich, gegen dieses Sterben zu kämpfen. Ich begann, in meinen Gottesdiensten über die Probleme der Migration zu sprechen. Ich versuche Mut zu machen, benenne aber auch die Verantwortlichen und besuche dafür Seminare und Tagungen, auch in Europa. Die Not resultiert aus wirtschaftlichen Interessen. Europa interessiert sich für Absatzmärkte und die mauretanische Regierung verkauft das Schicksal von Menschen, die noch nicht mal ihre Staatsbürger sind, in lukrativen Verträgen an Europa. Europas langer Arm bringt hier den Tod.

Wenn Gemeindemitglieder auf ein Boot nach Europa wollen, was sagen Sie ihnen?

Ich spreche über die Schmerzen und die Gefahren der Überfahrt, aber ich überlasse jedem die

freie Entscheidung. Nur wer ein kleines Kanu nehmen will, den versuche ich davon abzuhalten.

Leiden Frauen besonders unter den Umständen?

Ihre Situation ist entsetzlich, weil Frauen so angreifbar sind. Viele werden zur Prostitution gezwungen. Da sie massiv von Aids bedroht sind, bieten wir ihnen Kondome an. Es wäre ziemlich lausig von mir, ihnen nur zu predigen, dass sie sich nicht prostituieren sollen. Sie tun es, weil sie es tun müssen. Zumindest die Ausbreitung von Aids versuchen wir einzudämmen. Denn wir haben schon oft Menschen begraben müssen, die an dem Virus starben.

Gibt es Aussicht auf Besserung?

Die Hoffnung ist das tägliche Brot des Glaubens. Wir dürfen nicht nur anklagen, sondern müssen etwas tun. Laut unseren Aufzeichnungen haben wir im letzten Jahr 380 Migranten aufgenommen; ich denke, wenn eine Gemeinde von nur 150 Mitgliedern das Leben von 380 Menschen retten kann, dann kann die globale Welt weitaus mehr tun. ■

Das Interview führte Martin Glasenapp.

Projektstichwort

Eine Krankenschwester, Medikamente, Sensibilisierungskurse über sexuell übertragbare Krankheiten, aber auch gelegentliche Kostenübernahme bei gesundheitsbedingten Rückführungen bzw. im Todesfall in die Heimatländer: Auf Empfehlung unserer langjährigen lokalen Partner der Assoziation der Menschenrechtler in Mauretanien (AMDH) unterstützt medico seit diesem Jahr die Gesundheitsdienste der Mission in Nouadhibou. Das Stichwort der Solidarität heißt: **Migration.**

Eine Generationen-Frage

Gemeinwesenarbeit in La Palmerita: Ein zentrales Problem ist die Gewalt

Wie können Bedingungen aussehen, dass Menschen nicht mehr gehen müssen, sondern bleiben dürfen und bleiben können? Das integrierte Gemeindeentwicklungsprojekt im nicaraguanischen Dorf La Palmerita will Menschen das Bleiben ermöglichen. Aber was auf dem Reißbrett einleuchtend klingt, stößt in der Realisierung auf vielfältige Schwierigkeiten. Häuser und Land zur Verfügung zu stellen, wie das in La Palmerita geschehen ist, bedeutet noch nicht, dass ein intaktes Gemeinwesen entsteht. Die Bewohnerinnen und Bewohner Plameritas kommen alle aus Landarbeiterfamilien, konnten nicht zur Schule gehen und haben je nach Bedarf alle paar Monate den Wohnort gewechselt. Gewalterfahrungen und Vernachlässigung in der Arbeit und in der Familie sind tief in die Biografien eingegraben. Von Anfang an hatte medico deshalb psychosoziale Maßnahmen zur Stärkung der Gemeinde und der Individuen unterstützt. Familiäre Gewalt war ein

wichtiges Thema dabei. Doch der Selbstmord einer 14-jährigen Ende vergangenen Jahres macht deutlich, dass auch die in Palmerita aufgewachsene Generation mit diesen Problemen konfrontiert ist.

Die Koordination der Maßnahmen in La Palmerita ist Teil des Aufgabenfeldes von Dieter Müller, der seit vier Jahren als me-



Der Armut entwachsende Kinder in Palmerita.

dico-Repräsentant in Mittelamerika lebt. Er berichtet, dass medico insbesondere die Stärkung der Selbstorganisation und Selbsthilfe in La Palmerita gefördert habe. „Unser Projektziel bestand und besteht darin, vor allem die Kinder und Jugendlichen in ihrem Selbstwertgefühl zu stärken

Studium als Ziel

Magdalena auf dem Weg in ein anderes Leben

Die 16-jährige Magdalena Isabel Gonzales Castro wohnt zusammen mit ihren Eltern und drei Geschwistern in Haus Nr. 34 in Palmerita. Die Familie baut Mais, Gemüse sowie Hirse an und kommt damit gut über die Runden. Die Unterstützung durch medico haben die Castros immer als Chance begriffen, ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Sie beteiligen sich regelmäßig an den von medico geförderten Aktivitäten und übernehmen auch selbst verantwortungsvolle Aufgaben in der Gemeinde. Magdalenas Vater ist Mitglied der Genossenschaft. Ihr älterer Bruder war vor zwei Jahren Hauptkoordinator eines Computerkurses für 20 Jugendliche aus Palmerita, den medico finanzierte.



Die Castros unterstützen ihre Kinder darin, eine weiterführende Ausbildung zu absolvieren, auch wenn das nicht immer leicht ist. Magdalenas jüngere Geschwister sind sieben bzw. zwölf Jahre alt und haben aufgrund einer Behinderung

und ihnen zu ermöglichen, Konflikte innerhalb der Familien und in der Gemeinde gewaltfrei zu bewältigen“, so der medico-Repräsentant. Nach dem Suizid sei deutlich geworden, dass das noch ein langer Weg ist.

Dieter Müller: „In einer internen Sitzung mit dem lokalen, für die psychosozialen Maßnahmen zuständigen Partner MEC haben wir diese Situation besprochen, und ich habe insistiert, dass eine gezielte Arbeit mit den nun 10 - 15-jährigen dringend geboten sei. Diese Kinder waren aufgrund ihres Alters vor 2 - 3 Jahren im Rahmen des damaligen BMZ-Projekts meist nicht in die Arbeit über Sexualität und Gender einbezogen.“ Auf dieser Sitzung einigte man sich das Thema sexu-

elle Gewalt in Maßnahmen aufzugreifen und beschloss einen Selbstverteidigungskurs für junge Mädchen anzubieten. Und so kam zu Beginn des Jahres folgende Maßnahmenliste zustande, die Mitarbeiterinnen von MEC, zumeist geschulte Psychologinnen, dann auch ausführten. Dazu gehörte u.a. die psychosoziale Begleitung und Betreuung von Personen, die suizidgefährdet sind oder Opfer innerfamiliärer Gewalt; Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit zum Thema sexuelle Gewalt für die Gemeinde insgesamt; die Stärkung der psychosozialen Promotoren/innen, die in den meisten Fällen ihre eigenen Gewalterfahrungen noch nicht aufgearbeitet haben. Und nicht zuletzt ein heikles Thema: die Förderung der juristischen Aufarbeitung.

Sprachprobleme. Der ältere Bruder ist einer von vier jungen Menschen aus Palmerita, die ein Studium aufgenommen haben. Als Einziger hat er ein Stipendium bekommen. Er studiert Agrarwissenschaften in León. Magdalena will auch studieren. Derzeit besucht sie zusammen mit 18 anderen Jugendlichen aus Palmerita die High School im nahe gelegenen Malpaisillo. Nicht alle Jugendlichen können wie Magdalena täglich zur Schule gehen, weil sie unter der Woche arbeiten müssen. Sie nehmen dann das sonntägliche Unterrichtsangebot der Schule wahr.

Wie andere Kinder und Jugendliche gehört Magdalena zu denen, die die neue Bibliothek regelmäßig nutzt. Was sie werden will, weiß sie noch nicht. Aber eins ist sicher: Sie will studieren. Das wird ihr wohl auch gelingen. ■

Ramona Lenz

Wichtig sei, sagt Dieter Müller, dass bei allen Problemen die Gemeinde gemeinsame Verbesserungen erlebe. So konnte parallel mit Zuschussfinanzierung des Landes Baden-Württemberg – akquiriert von der „Initiative Eine Welt Köngen“ – und Mitteln des Vereins Diriomito aus München eine Vorschule, eine Bibliothek und ein Mehrzweckraum errichtet werden. Die Bibliothek wurde mit Büchern ausgestattet. Dort ist auch ein Computer zu-

gänglich. Eine Solarenergieanlage wurde installiert und ein Sport- und ein Kinderspielplatz gebaut.

Dieter Müller zieht eine gemischte Zwischenbilanz: „Gelungen ist auf jeden Fall, dass es den Menschen in La Palmerita wirtschaftlich deutlich besser geht als 2005, als wir das Projekt begonnen haben. Das ist Ergebnis der Projektaktivitäten, aber nicht nur. Viele leben nicht von der Landwirtschaft, sondern arbeiten als Tagelöhner oder Hausangestellte. Nur knapp die Hälfte der ca. 60 Familien bauen selbst auf ihrem Land an. Deutlich mehr haben Hühner, Schweine, Schafe oder Rinder. Aber auch Mobiltelefone, Fahrräder, Motorräder, Pferde.“

Der Ausweg aus dem Teufelskreis der Armut ist wohl eine Frage mehrerer Generationen. Das zumindest ist die Erfahrung aus La Palmerita. Viel positiver sieht Müller die Stärkung des Selbstwertgefühls, der Selbstermächtigung. „Das würde ich vor allem bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen festmachen. Einerseits, weil der Schulbesuch in einem Umfang gesichert ist, der undenkbar war, als sie noch als Kaffeeplücker arbeiteten. Andererseits können die Heranwachsenden eigene Lebensprojekte entwickeln, z.B. ein Studium beginnen oder aber das eigene Land bearbeiten, was früher nicht möglich gewesen wäre.“ ■

Katja Maurer

Projektstichwort

Seit 2005 unterstützt medico die Gründung und soziale Entwicklung des Dorfes La Palmerita. Land- und arbeitslose Tagelöhner hatten nach einem Hungermarsch auf Managua den Boden erkämpft. Sie baten uns, mit Blick auf die positiven Erfahrungen der von medico unterstützten Bauern in El Tanque, sie beim Aufbau eines Dorfes und eines Gemeinwesens zu unterstützen. Spenden unter dem Projektstichwort: **Nicaragua**.

Der Herbst des Despoten

Syrien: Unterstützung für lokale Basiskomitees

Al-Assad ila al-abad“ – „Al-Assad für immer“: diesen Satz ließ Syriens Präsident jahrelang an Kasernenwände, Schulhofmauern und Autobahnbrücken pinseln, als Gebot für alle Ewigkeit. Am 6. März 2011 sprayten Schulkinder im südsyrischen Deraa ihren Kommentar an

rien und brach die Kultur der Angst, mit der die Baath-Partei das Land über 40 Jahre geschlagen hatte. In Homs und Hama, Hochburgen der Opposition, demonstrieren seither Hunderttausende, die Armee feuert in die Menge. Zu den bisher 3.500 Toten gehören allerdings

vermehrt Soldaten und Polizisten. Gruppen der Protestbewegung haben sich bewaffnet, mancherorts beginnt schleichend der Bürgerkrieg.

Die Local Coordination Committees (LCC) setzen weiterhin auf friedlichen Wandel. Ihre jungen Aktivisten organisieren wöchentlich Demonstrationen, veröffentlichen Berichte und Handyfilme via Internet. Die vorwiegend

die Wand ihres Pausenhofes: „Das Volk will den Sturz des Systems“. Der lokale Gouverneur, ein Cousin des Präsidenten, ließ sie festnehmen, seine Schergen rissen den Teenagern die Fingernägel aus. Als die Väter die Freilassung ihrer Kinder forderten, antwortete der Gouverneur: „Bringt mir eure Frauen, ich mache euch neue Kinder“. Zutiefst empört demonstrierten tagelang Hunderte, dann schossen Soldaten von den Häuserdächern. Damit begann der Aufstand in Sy-

säkulare Basisbewegung kritisiert die Militarisierung des Aufstandes, lehnt zugleich jede Intervention von außen ab. Doch die Komitees wissen auch, dass der Assad-Clan nicht so schnell weichen will und bitten deshalb um internationale Solidarität – und finanzielle Hilfe. medico steht den Komitees in Deutschland mit Rat zur Seite und verhandelt Möglichkeiten direkter medizinischer Hilfe in Syrien. ■

Spendenstichwort: Nahost



Hama, Oktober 2011. Foto: LCCSyria

Alternativen am Kap

Südafrika: Gesundheitsaktivisten verändern Versicherungssystem

Im kommenden Jahr wird der 1912 gegründete African National Congress (ANC) 100 Jahre alt. Schon jetzt zeichnet sich ein zeremonieller Reigen ab, in dem sich die ehemalige Befreiungsbewegung als erfolgreiche Regierungsorganisation feiern will. Aber auch wenn die Apartheid besiegt wurde, bleibt die demokratische Regenbogennation ein Land der Armut und sozialen Ungerechtigkeit. Der neue medico-Partner Section27 will die ANC-Regierung im Jubiläumsjahr 2012 an die vorenthaltenen Rechte der armen Bevölkerung auf eine Gesundheitsversorgung, ausreichend Wasser und Ernährung sowie Grundbildung erinnern, wie sie im Artikel 27 der

südafrikanischen Verfassung garantiert sind. Section27 fordert mit anderen Basisinitiativen seit Jahren vom ANC nicht nur eine aktivere HIV-Aids-Politik, sondern hat sich auch für eine Öffnung der maroden staatlichen Gesundheitspolitik gegenüber Ideen aus der Zivilgesellschaft eingesetzt. Und das mit Erfolg: Das Gesundheitsministerium wird nicht länger dem neoliberalen Credo folgen, das die Kosten von Gesundheitsleistungen nur privatisiert, sondern will die künftige Gesundheitsversorgung durch eine staatliche Solidarversicherung gemeinschaftlich finanzieren. ■

Spendenstichwort: Südafrika

Politik der rebellischen Plätze

Pakistan: Die Occupy-Bewegung erreicht Karachi

Der medico-Partner PILER ist eine Basisinitiative von Gewerkschaftsaktivisten und Akademikern, die sich seit Jahrzehnten für alternative öffentliche Räume und politische Partizipation einsetzen. Sie unterstützen die Flutnothilfe vom medico-Partner HANDS mit politischer Kampagnenarbeit und fordern einen Wiederaufbau auf Grundlage eines neuen Gesellschaftsvertrags, der Marginalisierung, Machtlosigkeit und Mangel ein Ende bereitet. Weil die Aktivisten wissen, dass in Zeiten der Globalisierung autochthone Auswege chancenlos sind, waren sie dabei, als die Occupy-Bewe-

gung Pakistan erreichte. In Lahore entstand ein Protestcamp, und am 23.10.2011 demonstrierten mehrere Hunderte in Karachi und erklärten, dass die „Menschen nur überleben und voranschreiten, wenn Kapitalismus und Feudalismus überkommen werden“. ■



Spendenstichwort: Pakistan

Wie der Zement nach Gaza kommt

Widerständige Projekte unterlaufen die israelische Verhinderung



Die Odyssee der Kiesel beginnt in der Westbank.

Foto: medico

ety (PMRS), das mehreren Tausend Menschen bitter nötige Basisgesundheitsdienste anbietet. Die anhaltende Abriegelung des Gazastreifens führt zu einer andauernden Rückentwicklung. Besonders betroffen hiervon sind die ohnehin Marginalisierten, etwa die arbeitslos gewordenen Arbeiter und Tagelöhner in Izzbet Beit Hanoun. Die Region verarmte – und ver-

Palästina scheiterte in der letzten UN-Vollversammlung mit seinem Antrag auf Unabhängigkeit. Dabei arbeitet die Zeit längst gegen den Traum der palästinensischen Staatlichkeit. Zwei Beispiele aus der medico-Projektpraxis:

Beispiel Gaza: Klinikbau unter der Blockade

Die Grundidee des Hilfsprojektes bestand aus einer eigentlich simplen Maßnahme: In Izzbet Beit Hanoun am nördlichen Zipfel des Gazastreifens steht ein kleines auffälliges Gesundheitszentrum der Palestinian Medical Relief Soci-

wahrloste. Folglich kommt Organisationen wie PMRS, die kurativ wie aufklärend in den Gemeinden arbeiten, eine immer wichtigere Rolle zu. Anfang 2010 wollte die PMRS mit Hilfe von medico den einstöckigen Klinikbau endlich einmal renovieren: drei Besprechungszimmer, ein kleines Labor, ein Behandlungszimmer mit Warteraum, insgesamt nur 150m². In Gaza ist das ein kompliziertes Bauprojekt. Hier gibt es keine Zement- oder Stahlproduktion, beides darf ohne israelische Sondergenehmigung nicht eingeführt werden. Alternativ gibt es nur Baumaterialien, die durch die illegalen Tunnel aus Ägypten importiert werden. Wir entschieden uns für den legalen Weg, baten die israelischen

mt

spolitik, aber der Preis ist hoch

Behörden um Erlaubnis. Die Erfolgchancen schienen gering: Nicht eine Nichtregierungsorganisation hatte seit der Abriegelung des Gazastreifens im Jahr 2007 ein Genehmigungsverfahren bestanden. Dennoch wollten, ja mussten wir es versuchen: Schließlich ging es über das konkrete Projekt hinaus auch um generelle politische Rahmenbedingungen der Hilfe.

Zu unser aller Überraschung genehmigten die israelischen Behörden den Transport. Damit existiert jetzt ein Präzedenzfall, auf den sich andere Organisationen bei ähnlichen Bauvorhaben in Gaza berufen können. Allerdings erfuhren wir durch die horrenden Kosten und die komplizierte Bürokratie, wie aufwendig jede Einfuhr in die Enklave Gaza geworden ist. Dabei ging es lediglich um den Transport von sechs LKW-Ladungen im Wert von wenigen Tausend Euro aus der palästinensischen Westbank in den Gazastreifen, den obendrein das humanitäre Völkerrecht garantiert. Acht Monate arbeiteten wir an allen Formalitäten, besorgten Unterschriften, reichten Unterlagen nach, unterschrieben Zusicherungen, warteten, telefonierten, hofften. Das deutsche Entwicklungshilfeministerium, das das Projekt finanzierte, die UN-Behörde OCHA, selbst der palästinensische Premier Salam Fayyad waren am Ende involviert. Der Transport wurde dann zu einem logistischen Albtraum. Dabei liegen die Westbank und Gaza nur 40 Kilometer Luftlinie auseinan-

der, und vom Lieferanten bis zur Baustelle sind es knapp 80 Straßenkilometer; aber kein LKW darf, trotz Sondergenehmigung, von einem Teil Palästinas in den anderen fahren. Der Baustoff konnte aus der Westbank nur bis an den Checkpoint zu Israel gelangen, wurde dort entladen, durch eine Sicherheitskontrolle geschleust, um dann auf der israelischen Seite wieder auf LKWs verladen zu werden. Die fuhren zum Checkpoint zwischen Israel und Gaza, dort wiederholte sich die Prozedur. In Gaza warteten sechs weitere LKWs, um den Zement und Stahl endlich zur Baustelle zu bringen. Die Maßnahme benötigte am Ende 18 Fahrer und LKWs. Die Ausgaben erhöhten sich auf irrwitzige 25.000€. Immerhin, das Gesundheitszentrum kann gebaut werden. Aber die israelischen Behörden haben eine Verhinderungspolitik betrieben, die aus dem Präzedenzfall offenbar einen Einzelfall machen sollte.

Beispiel Westbank: Solarstrom für die Ausgeschlossenen

Die israelische Politik zielt auf die vollständige Trennung der 1,5 Millionen Bewohner von Gaza von ihren israelischen Nachbarn. Aber nicht nur. Die dicht gedrängte Enklave ist gleichzeitig vollständig von den Palästinensern in der Westbank getrennt. Das ist kein Zufall, hier manifestiert sich in aller Offenheit das Prinzip Herrschaft durch Kontrolle und Trennung. Ein ähnlicher Prozess droht nun innerhalb der Westbank. Auch hier sollen Palästinenser von Palästinensern getrennt werden. Dies geschieht schleichend. Die israelische Militär- und Ziviladministration verweigert systematisch Infrastruktur- und Baumaßnahmen, um palästinensische Familien zum Wegziehen zu



Foto: CometME

Solar- und Windkraft
als Akt des Widerstands,
Hebronhügel 2011.

auf: Sie bauten die
Hütten wieder auf.
Und auch Solar-
strom sollen sie
wieder erhalten.

Aber können die-
ser lokale Behar-
rungswille und die
praktische Solidari-
tät tatsächlich die
geballte staatliche
Macht aufhalten?
Die jüngsten Mel-

bewegen. Ein Beispiel sind die Vorgänge im Dorf Umm Al Kheir, das in den Augen der israelischen Verwaltung illegal ist. Hier leben 180 Menschen im Süden der Hebronhügel. Ihre ärmlichen Hütten liegen in Blickweite der Stromtrasse, die eine nahe jüdische Siedlung versorgt. Den Zugang zur Elektrizität hat ihnen die Besatzungsadministration verboten. Genauso wie sie ihren Zugang zu Wasser und Land verknappte und jede Baumaßnahme, auch die von Kindergärten oder Gesundheitszentren verboten hatte. Die israelische Aktivistenorganisation und medico-Partner Comet-ME umgingen mit den palästinensischen Dorfbewohnern – als Zeichen gegen die Verdrängungspolitik – den staatlichen Stromboykott. Sie errichteten zusammen lokale Solar- und Windkraftanlagen, die keine Genehmigung benötigen. Zum ersten Mal hatten die Dorfbewohner Strom. Das Glück währte nicht lange. Die israelische Armee kam mit Planterraupen, um einzelne Häuser des „illegalen“ Dorfs in der Westbank niederzuwalzen. Weder die Gemeinde noch Comet-ME gaben

dungen aus dem östlichen Umland von Jerusalem klingen alarmierend. Aus einem Gebiet namens E1 sollen alle Palästinenser vertrieben werden, damit neue jüdische Siedlungen gebaut werden können. Werden die Bauvorhaben wahr, würden sie wie ein Keil die Westbank auf der Höhe Jerusalems in zwei Enklaven trennen. Die territoriale Integrität der Westbank, mithin die reale Möglichkeit einer palästinensischen Staatlichkeit würde damit auf lange Sicht verhindert. ■

Tsafrir Cohen

Projektstichwort

Das expansive israelische Enklavensystem droht einem künftigen Palästina allenfalls umstellte Gebiete zu überlassen. Dagegen verteidigen die lokalen medico-Partner in Tel Aviv, Ramallah und Gaza die politischen, sozialen und ökonomischen Menschenrechte. Ihre Kooperation und ihre Hilfe ist konkret: Freier Zugang zu Gesundheitsdiensten ohne ethnische und nationale Zuschreibungen, basismedizinische Nothilfe und nachhaltige Entwicklungsarbeit. Dabei geht es immer auch darum Wege zu finden, wie dem fast perfekten System von Aus- und Einschlüssen entkommen werden kann. Damit Gewalt und Abgrenzung ein Ende haben. Spendenstichwort: **Israel-Palästina.**

Ende der Angst

Seit Monaten demonstrieren Schüler und Studenten für kostenlose Bildung und haben die Mehrheit hinter sich



Das hätte sich der chilenische Präsident Sebastián Piñera nicht träumen lassen. Noch vor einem Jahr, nach der Rettung der 33 Bergleute war er der gefeierte Star der chilenischen Politik mit traumhaften Umfrageergebnissen, und nun ist er abgestürzt. Die Zustimmung dümpelt irgendwo bei 20 Prozent, während die hartnäckig und unnachgiebig in wöchentlichen Demonstrationen vorgetragenen Forderungen der Schüler und Studenten, der Lehrer und Professoren, der Eltern und Großeltern nach einem kostenlosen Bildungssystem für alle von der übergroßen Mehrheit der chilenischen Bevölkerung unterstützt wird. Das elende

Patt, das die chilenische Gesellschaft seit über 100 Jahren prägt und Gewähr dafür bot, dass am Ende immer eine autoritäre, klerikale Rechte die Oberhand behielt, scheint gebrochen. Die Chilenen wollen eine soziale und solidarische Gesellschaft und dazu gehören Gemeingüter wie Bildung und Gesundheit. Und sie kämpfen dafür mit einer erstaunlichen Entschlossenheit. Seit Monaten streiken Studenten und Schüler, verweigern sich faulen Kompromissen mit der Regierung, riskieren damit den Ausschluss aus Universitäten und Schulen oder die Aberkennung von Abschlüssen. Aber eines wollen sie nicht riskieren: ihre Zukunft.

Die setzt schon der neoliberale Kapitalismus aufs Spiel, der nirgendwo so Eingang in den Alltag und in die Politik gefunden hat, wie in Chile. Bereits unter der Pinochet-Diktatur wurde das chilenische Bildungswesen radikal privatisiert. Eine der letzten Amtshandlungen Pinochets bestand in einer Verfassungsänderung, die das Bildungswesen dem Privatsektor überantwortete. Übrig blieb eine schulische Basisversorgung durch die Kommunen, die dafür aber immer weniger Mittel zur Verfügung haben. Das chilenische Bildungssystem ist aus dem Bilderbuch des Neoliberalismus in die Praxis überführt worden. So stellte man sich auch die Handhabung der restlichen öffentlichen Sozialaufgaben von der Gesundheit über Wohnen bis zur Rente vor.

Seit 1990 hat sich keine Regierung getraut, diese Verfassungsänderung zurückzunehmen. Denn dann hätte man früher oder später auch die gesetzlich verankerte Amnestie für die Verbrechen der Militärdiktatur aufheben können und müssen. Den wachsenden Unmut über das profitgetriebene Bildungssystem und die erheblichen Kosten, die das für jede Familie bedeutet, versuchten die Regierungen mit der Ausweitung von Stipendien aufzufangen. Ähnlich wie in Deutschland entwickelte man dafür Exzellenzinitiativen und förderte dadurch vor allen Dingen die Elitenbildung. Die chilenischen Schüler und Studenten richteten ihren Protest deshalb gegen alle Parteien, die Regierungsmacht ausübten. Ihre Distanz zu politischen Parteien aber führt keineswegs ins Unpolitische. Die Forderungen sind glasklar: kostenlose Schul- und Universitätsausbildung; die Finanzierung der Schulen als staatliche und nicht kommunale Aufgabe sowie das Verbot des Gewinnstrebens im gesamten Bildungsbereich. Sie



Nur die zerschlagene Brille Salvador Allendes sollte als Erinnerung an den sozialistischen Präsidenten übrig bleiben. Doch mit den Schüler- und Studenten-Protesten kehrten die Ideen Allendes zurück. 2007 wählten Fernsehzuschauer ihn zum bedeutendsten Chilenen. Seine Rede an mexikanische Studenten

fordern eine Volksabstimmung. Auch in den Verhandlungen blieben sie knallhart. Als die Regierung ihre Vorbedingungen – die Verschiebung des Semesterendes und ein Stopp der von der Regierung eingebrachten Gesetzesvorhaben im Bildungsbereich – nicht erfüllte, verließen die Studenten den Verhandlungstisch. Stattdessen veranstalteten sie einen „Besotón“ – einen Kussmarathon – im Zentrum von Santiago und hatten die Bevölkerung hinter sich.

Warum gerade jetzt die Proteste so stark angewachsen sind, begründet José Araya, Geschäftsführer der chilenischen Menschenrechtsorganisation CODEPU, ein medico-Partner noch aus Diktaturzei-



Foto: Richard Espinoza

für das Gemeinwohl auf You Tube hat 1.4 Millionen Clicks: „Um die brutale soziale Realität zu ändern brauchen wir engagierte Ärzte, Lehrer, Ingenieure, Professionelle; brauchen wir Menschen, die sich verpflichtet fühlen, zur Änderung dieser Realität beizutragen.“

ten, mit einer neuen Generation: „Die Studentenführer sind um 1990 geboren. Das ist die Generation des demokratischen Übergangs, die glücklicherweise die Angst, unter einer Diktatur zu leben, nicht mehr kennt.“ Außerdem habe der Streit um das Bildungssystem eine Geschichte. 2006 gab es die „Pinguin-Revolution“ – ein Aufstand der Schülerinnen und Schüler. „Die Anführer der Jugendproteste waren schon damals dabei, nur ungleich jünger“, so Araya. Für Organisationen wie CODEPU, die im Kampf gegen die Straflosigkeit und für soziale Gerechtigkeit jahrelang allein standen, zeigt dieser Aufbruch in der chilenischen Gesellschaft, dass es rich-

tig war diese Themen nicht aufzugeben. „Am Beispiel der Ausgrenzung und sozialen Benachteiligung der Mapuche haben wir immer wieder darauf verwiesen, dass das neoliberale Modell in Chile auf sozialem und politischem Ausschluss beruht“, erklärt der CODEPU-Geschäftsführer.

Wenn Piñera scheitert, dann scheitert ein Modell, das gerade weltweit für Furore sorgen sollte. Der Piñerismus nämlich besteht darin, den Staat wie ein Unternehmen zu führen. Eine „Regierung der Besten“, „die eher einem Aufsichtsrat ähnelt“, schreibt Le Monde Diplomatique. Eine Politik, die „sozial und demokratisch“ – aber vor allen Dingen pragmatisch – Probleme im Vorbeigehen löst. Piñera unterläuft durchaus auch die rechte Ideologie, zum Beispiel mit einem „ethischen Familieneinkommen“. Aber Bildung ist für ihn ein „Konsumgut“ wie jedes andere. Und das ist in Chile offenbar eine Grenze, an der sich die Geister scheiden. Auf Platz 1 „Unserer 100 Besten“, ein weltweites Fernsehformat, landete in Chile nach Jahren des Totschweigens der Mann, der für die Idee der sozialen Gerechtigkeit und einen demokratischen Sozialismus steht: Salvador Allende. Kollege Araya meint: „Per Internetabstimmung gewählt haben ihn die Jungen.“ ■

Katja Maurer

Projektstichwort

Die Arbeit der Menschenrechtsorganisation CODEPU reicht vom Kampf gegen die Straflosigkeit bezüglich der Diktaturverbrechen, der juristischen und psychosozialen Unterstützung von Diktaturopfern, bis zur menschenrechtlichen Begleitung von Kämpfen der Mapuche-Indianer, die in Chile ökonomisch und politisch extrem marginalisiert werden. Ihre Unterstützung unter dem Stichwort: **Chile**.

Den Blickwinkel wechseln

Der dritte Global Health Watch (GHW 3) setzt die Globale Gesundheitsfinanzkrise und hinterfragt die Interessenkonflikte der Weltgesundheits-



Foto: Privat

Prof. Dr. Claudio Schuftan ist Arzt für Kinderheilkunde und Ernährung und ein aktives Mitglied des People's Health Movements (PHM). In Chile geboren und aufgewachsen, lebt er in Vietnam und arbeitet dort als selbstständiger Berater für Public Health und Ernährung.

Was ist der Schwerpunkt der aktuellen Ausgabe des Global Health Watch?

Auch die dritte Ausgabe des GHW ist ein alternativer Weltgesundheitsbericht. Die aktuelle Lage der globalen Gesundheit wird anhand von Fakten dargestellt. Zuerst werden die sozialen, politischen und historischen Bedingungen – die sogenannten sozialen Determinanten von Gesundheit – analysiert, dann werden die

globalen Debatten zum Gesundheitswesen nachgezeichnet. Es gibt konkrete Fallbeispiele aus Costa Rica, Thailand oder den USA. Zusätzlich beleuchten wir kritisch einige globale Akteure: Hier passiert das eigentliche Beobachten („Watching“). Wir analysieren die Arbeit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sowie UNICEF, aber auch internationaler NROs und privater Philanthropen, wie z.B. der Gates-Foundation. Zum Schluss machen wir unter dem Motto „Widerstand, Aktionen und Veränderung“ konkrete Handlungsvorschläge und geben viele Beispiele von gelungenen Prozessen. Wichtig ist uns, dass all dies in einem kollektiven Arbeitsprozess entsteht. So haben beim GHW 3 z.B. 130 Menschen mitgearbeitet.

Welche Bedeutung hat das Buch im Rahmen des People's Health Movements?

Das PHM vereint fünf Aktionsfelder und der GHW ist sicherlich eines der wichtigsten. Die anderen sind die International People's Health University (IPHU), die „Right to Health“-Kampagne, der WHO-Watch und natürlich die eigentliche Unterstützung von Projekten, welche sich als Teil der „Graswurzelbewegung“ verstehen. Der GHW ist sozusagen unser „Botschafter“! Mit ihm konkretisieren wir unsere Grundsätze aus der People's

heit in den Kontext der undheitsorganisation



Health Charter. Wir erreichen damit nicht nur eine allgemeine Öffentlichkeit, sondern unsere kritischen Informationen werden auch zunehmend als Arbeitsgrundlage in Universitäten und bei Masterstudiengängen genutzt.

Welches sind erfolgreiche Beispiele für Handlungsoptionen sozialer und zivilgesellschaftlicher Bewegungen?

Da ist zum Beispiel El Salvador. Das Land nimmt seit den Wahlen 2009 eine sehr interessante Entwicklung. Vertreter im Gesundheitsministerium sind nicht nur ehemalige Befreiungskämpfer, sondern auch Mitglieder unserer Bewegung. In lokalen Gesundheitskomitees und regionalen Foren nimmt die Bevölkerung direkt Einfluss auf die Gesundheitsreform und begleitet kritisch die Arbeit des Gesundheitsministeriums. Oder auch Brasilien: Das Schwellenland und neue Mitglied der G20 hat zuletzt viel erreicht, etwa das Sozialprogramm Bolsa Familia, das ein minimales Grundeinkommen für arme Familien garantiert. Hier werden erfolgreich die sozialen Determinanten von Gesundheit verändert.

Der GHW beschäftigt sich mit der Rolle von privaten Geldgebern in der globalen Gesundheit. Kann der Prozess der zunehmenden Privatisierung der WHO beeinflusst werden?

Die WHO ist in einer Krise. Nahezu 80 % der Gelder sind mittlerweile projektgebunden und ein Viertel des Budgets kommt von privaten Akteuren. Die Gates-Foundation ist der zweitgrößte Geldgeber nach den USA. Wie soll unter diesen Bedingungen die demokratisch legitimierte Weltorganisation unbeeinflusst arbeiten können? Die Passagen zur WHO lesen sich wirklich wie ein Krimi! Etwa da, wo der Einfluss der Industrie auf die Medikamentenpolitik nachgewiesen wird. Das PHM versucht Einfluss auf die aktuell diskutierte Reform der WHO zu nehmen und konnte, auch dank der finanziellen Unterstützung durch *medico international*, an vielen offiziellen Versammlungen teilnehmen. Mittlerweile finden wir selbst bei höchsten Stellen Gehör. ■

Das Interview führte Kirsten Schubert.

Projektstichwort

Gesundheit ist auch in El Salvador eine Frage der Demokratie: Durch die Stärkung des Nationalen Gesundheitsforums werden Partizipation der Bevölkerung und die kritische Begleitung der Auswirkungen der Gesundheitsreform in den Regionen Central und Metropolitana ermöglicht. *medico* hat den *Global Health Watch 3* mitfinanziert und unterstützt die Netzwerkarbeit des *People's Health Movement*. Das Spendenstichwort lautet: **medico**.

Katastrophe der guten Intenti

Nachhaltige Lösungen, die eine eigenständige Entwicklung ermöglichen sind nicht in Sicht



Bereitet euch auf einen schweren Anblick vor!", sagt uns Yoléne Gilles vor dem Frauengefängnis von Port-au-Prince. Yoléne und ihre Kollegen der Menschenrechtsorganisation RNDDH besuchen es regelmäßig, um eine öffentliche Kontrolle über den Umgang mit den Gefangenen herzustellen. Man erwartet uns, begutachtet nur kurz unsere Pässe, dann betreten wir das langgezogene einstö-

ckige Gebäude – der Satz von Yoléne hängt über uns wie die drückende Hitze dieser Stadt. Im Zellentrakt schauen wir mit gesenktem Kopf aus den Augenwinkeln. Auf wenigen Quadratmetern sitzen Frauen dicht gedrängt auf Matratzen, auf denen sie nachts schlafen, ihre Habseligkeiten hängen in den Gitterstäben. Auf dem Boden hätten sie – neben 10, 12, manchmal 20 Frauen – keinen Platz. An

onen

ichen,



Foto: Damon Vintler

der Wand hängt ein Fernsehapparat. Soaps aus aller Welt schicken ihre krisseligen Bilder und scheppernden Töne in die menschenunwürdige Wirklichkeit dieser Frauen. 247 Frauen sitzen hier ein, die meisten warten seit Jahren auf ein Gerichtsverfahren. Wir gehen schnell an allen Zellen vorbei. Das Gefängnisleben der Frauen wird unseren Blicken ungeschützt preisgegeben, wie das von eingepferchten Tieren. Die wortkarge Yolène, eine Journalistin, die seit vielen Jahren für RNDDH die Menschenrechtsarbeit an die Öffentlichkeit trägt, hat eine trockene Art die Umstände zu beschreiben: „Jede Gefangene hat nach internationalem Recht Anspruch auf 4,1 m² – dieses Recht wird hier gebrochen.“ Aber die Frauen haben noch Glück: Sie müssen nicht im Stehen schlafen wie viele männliche Gefangene.

Keine Rechte für die Armen

77% aller Gefangenen sitzen seit Jahren in „verlängerter Untersuchungshaft“, ermittelte eine im Oktober erschienene Studie von RNDDH. „Eine massive Menschenrechtsverletzung“, so Pierre Espérance, Direktor von RNDDH, die niemand skandalisiere, weil sie nur die ärmsten Armen trifft. Leute wie Ex-Diktator Duvalier hingegen seien frei. Allein 22 Anklagen gegen ihn vertritt RNDDH. Für Pierre ist die Freiheit Duvaliers ein fatales Zeichen dafür, dass „die Straflosigkeit – eines der größten Probleme Haitis – anhält.“

Um des lieben Friedens willen werden Themen wie die Strafsache Duvalier unter den Teppich gekehrt. Andere Fragen gelten als wichtiger. Tatsächlich aber legitimiert diese Haltung die systematische Deinstitutionalisierung des Staates und den Voluntarismus bei allen Maßnahmen des Wiederaufbaus. Ich frage Pierre, ob es nicht nötig sei, auch die internationalen Hilfsmaßnahmen zu beobachten. Er winkt verzweifelt ab: „Da müsstet ihr uns viel Geld geben, um so viele Akteure zu kontrollieren.“ Pierre ist ein sachlicher Mann, wenn er aber auf die Haltung vieler internationaler NGOs zu sprechen kommt, wird es ungemütlich: „Vieles hilft nicht, sondern verschlechtert die Situation hier.“ Die Handlungsmöglichkeiten für die haitianische Zivilgesellschaft seien kleiner geworden. Während des Erdbebens hätten sie schwere menschliche und materielle Verluste erlitten und als sie sich halbwegs erholt hatten, hätten ausländische NGOs längst ihre Arbeitsfelder eingenommen. „Es gibt wenige NGOs, die wie medico die Eigenständigkeit lokaler Akteure achten“, äußert Pierre.

Gesundheit und Ökologie

Szenenwechsel. Fauché liegt wenige Kilometer von Léogâne, dem Epizentrum des Erdbebens, entfernt. Hier fördert medico die Errichtung einer Gesundheitsstation, die das lokale Bauernkomitee OPPF beantragt hat. Wir biegen von der Küstenstraße ab, auf der bereits ein Hinweisschild die Gesundheitsstation ankündigt. Auf Schotterpisten fahren wir durch weit verstreute Teile der Gemeinde, durchqueren ein riesiges Flussbett, in dem zwischen schweren weißen Geröllsteinen in Flusslachen Kinder baden und Frauen ihre Wäsche waschen. Am Ende des Flussbettes parken wir das Auto und er-

klimmen einen steilen Hang, der zum Dorfzentrum führt, in dem sich auch die künftige Gesundheitsstation befindet. Man kann von hier aus das Meer erblicken, denn im Gegensatz zu Port-au-Prince gibt es Platz und freie Sicht. Verwundert fragen wir uns, warum die Gesundheitsstation zwar idyllisch aber abgelegen liegt. Ein hagerer älterer Bauer erläutert uns auf einer Versammlung mit den Anwohnern den Grund: „Das Dorfzentrum liegt auf der Anhöhe, da bei jedem schweren Regen die Wassermassen unsere Ernte auf den Feldern im Tal vernichtet.“ Da füllt sich das ausgetrocknete Flussbett, das wir gerade durchfahren haben, in wenigen Minuten und begräbt alles unter sich. Haitis immense ökologische Probleme werden hier sichtbar. Die entwaldeten Berge sind ein

wesentliches Hindernis für eine eigenständige ökonomische Entwicklung. So wundert nicht, dass die Menschen auf der Dorfversammlung – neben sanitären Anlagen, Nahrungsmittelsicherheit und Bildung – den Erosionsschutz als eine wichtige Gesundheitsmaßnahme betrachten. Das erhoffen sie von der medico-Unterstützung, denn bis hierher kam kaum Hilfe, obwohl das Dorf vom Erdbeben fast vollständig zerstört wurde. Die Bedürftigkeit und Ohnmacht ist riesig: Vorsichtig erläutern wir, dass die Gesundheitsstation ein Anfang ist, dass sie sich mit den lokalen Gesundheitsbehörden vernetzen müssen, um Teil eines öffentlichen Gesundheitssystems zu werden. Und dass man dann weitersehen werde. Als wir das Dorf verlassen, verfolgen uns freundliche, aber auch misstrauische Blicke. Kommen die wieder, scheinen sie zu fragen. Die Armut Haitis starrt uns hier aus einem tiefen schwarzen Loch entgegen, so tief, das niemand den Grund erblickt und niemand es füllen kann.

Zurück in Port-au-Prince wird das Elend dieses Landes nur deutlicher. Überall Menschen, Menschen – und mehr Menschen. Port-au-Prince hat heute mehr Einwohner als vor dem Erdbeben. Und damit ist einer der wichtigsten Indikatoren, die über Gelingen oder Scheitern des Wiederaufbaus entscheiden, nicht erfüllt: Die Dezentralisierung und die Neuansiedlung der Obdachlosen in anderen Regionen des Landes – um die Vulnerabilität der Hauptstadt zu senken – war ein Kernstück des Plans, Haiti besser wieder aufzubauen.

Recycling von Plastik schafft ein kleines Einkommen: Stania Ju Lois ist Mitglied des von medico geförderten Frauenkomitees in der Genossenschaft CEFECACC, das seine Produkte gemeinsam herstellt und vermarktet.



Foto: medico

Gefahr des Autoritarismus

Die Situation in Port-au-Prince ebenso wie auf dem Land löst, fast zwei Jahre nach dem Erdbeben, bei den meisten Haitianern eine tiefe Frustration aus. Suzie Castor, medico-Partnerin und große alte Dame der haitianischen Soziologie, hat keine Hoffnung auf eine große Wende. Sie sieht nur die Möglichkeiten mit guter Arbeit an der Basis, Dinge zu verbessern und einzelne Akteure zu finden, die inmitten der Verantwortungslosigkeit verantwortlich handeln. Aber egal mit wem wir sprechen, auf eine Erneuerung des Landes mit einer funktionierenden Gemeinwesenstruktur und verantwortlichen Politikern setzt keiner einen haitianischen Gourd.

Camille Chalmers, Direktor der Plattform PAPDA (Plattform für eine alternative Entwicklung Haitis), die viele haitianische Organisationen der Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen, darunter auch medico-Partner wie der Bauernverband Tet-Kole vereinigt, sieht fünf schwere Jahre auf Haiti zukommen. Der neue Präsident Martelly habe einen nostalgischen Blick auf die Duvalier-Diktatur. In seinem Team säßen Nachkommen von Duvalier-Funktionären: „Ich halte den Nostalgiekurs für sehr gefährlich, weil er autoritäre Politikvorstellungen befördert“, meint Chalmers.

Diesen autoritären Politikstil befördern die internationalen zivilen wie militärischen Akteure durch das Umgehen haitianischer Institutionen. Das höchste Budget in Haiti besitzt eine nicht gewählte und auch nicht demokratisch kontrollierte Institution: die Clinton-Kommission. Sie verwaltet die internationalen Gelder und hat, laut Camille Chalmers, 95%

ihrer Aufträge an US-amerikanische und dominikanische Unternehmen vergeben. Das ökonomische Entwicklungskonzept der Clinton-Kommission bestünde in der Schaffung von Sweatshops in steuerfreien Zonen. Nicht einen Gedanken habe man dort darauf verwendet, die vorhandene haitianische Behörde für sozialen Wohnungsbau einzubeziehen und öffentlichen Wohnungsbau zu fördern.

Auch die Anwesenheit der Minustah, der UN-Truppen, zählt zur negativen Bilanz des „autoritären Politikstils“. Selbst innerhalb der UN-Verwaltung vor Ort wird der Einsatz als „von Anfang an überdimensioniert“ eingestuft. Über eine Million Dollar kostet er täglich. Und viele fürchten, dass zwei Ergebnisse dieser jahrelangen Truppenpräsenz in Erinnerung bleiben werden: eine lange Liste nicht geahndeter Vergewaltigungsverbrechen und die Verantwortung für die weltweit größte Choleraepidemie. In einer aufwendigen Recherche zu den Wiederaufbaubemühungen in Haiti bilanziert die US-amerikanische Musikzeitschrift „Rolling Stone“ deshalb, „der Versuch der Welt Haiti wiederaufzubauen ist gescheitert.“ Auf das Erdbeben sei unmittelbar die „Katastrophe der guten Intentionen“ gefolgt. Bleibt wieder die Frage, was lernt die Welt daraus? ■

Katja Maurer

Projektstichwort

Medico unterstützt seit dem Erdbeben im Januar 2010 eine Vielzahl haitianischer Organisationen der Zivilgesellschaft. Die Maßnahmen reichen von Menschenrechtsarbeit bis zu Gesundheitsprojekten, die alle die Selbstermächtigung der Haitianer zum Ziel haben. Spenden werden erbeten unter dem Stichwort: **Haiti**.

Zeit des Aufstands

Der sudanesisch-britische Schriftsteller Jamal Mahjoub über das somalische Piraten, die Rolle der Hilfe und den Terror der Ökon



Foto: Nurettin Çiçek

Jamal Mahjoub ist ein Kosmopolit, der die erste Hälfte seines Lebens zwischen dem Sudan und Großbritannien verbrachte und in seinen Romanen immer wieder beschreibt, wie Kulturen aufeinanderprallen. Heute wohnt er in Barcelona und kam nach Frankfurt, um den von medico mitinitiierten Aufruf „Rechte statt Mitleid“ vorzustellen, mit dem afrikanische und europäische Autoren die Beseitigung der strukturellen Ursachen der ostafrikanischen Hungerkatastrophe einfordern.

Der große Hunger in Äthiopien liegt 20 Jahre zurück. Was empfanden Sie, als sie jetzt die ersten Fernsehbilder der aktuellen Not in Ostafrika sahen?

Jamal: Damals schrieb ich meinen ersten Roman, lebte in London und hatte das Gefühl überhaupt den gesamten Sudan erklären zu müssen, bevor ich meine Geschichte beginnen kann, in der ein junger Mann aus England in den Sudan, das Land seines Vaters, reist und sich in einem Bürgerkrieg wiederfindet. Es war die Zeit der großen Hungersnot und die britischen Medien berichteten breit darüber. Bob Geldorf initiierte die Band Aid-Bewegung und einen Sommer später folgte das globale Live Aid-Konzert. Auf einmal sollten wir alle Afrika vor dem Hungertod bewahren, nur die Afrikaner selbst wurden dabei in passive Opfer ohne jede Stimme verwandelt. Heute, 20 Jahre später, sind viele Dinge gleich geblieben. Noch immer werden die Ursachen von Hunger und Bürgerkriegen als unergründliche Mysterien betrachtet, die ihre Ursachen in tribalen und ethnischen Strukturen haben, die man weder erklären noch begreifen kann.

Die Hungersnot in Ostafrika war eine angekündigte Katastrophe und kein Erdbeben. Die Warnsysteme der UN funktionierten, die Signale wollte aber niemand hören. Auch die Verbindung zwischen der Spekulation auf Nahrungsmittel, als einer Folge der Finanzkrise von 2008, und der Liberalisierung der Finanzmärkte war bekannt.

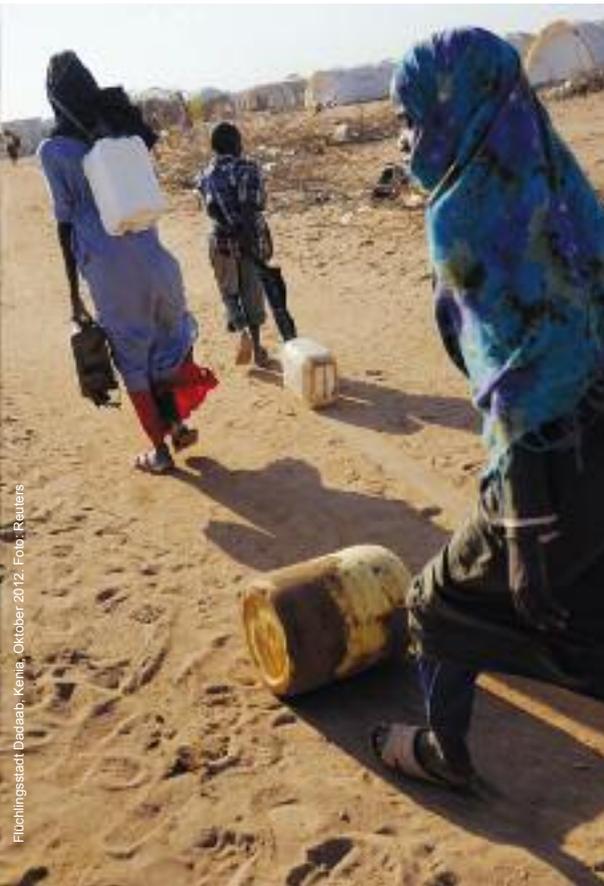
westliche Bild des Hungers, omie

Ja sicher, die Verbindung wird heute hergestellt, aber für die Mehrheit der Menschen, die spenden oder gebeten werden zu spenden, hat sich der Kontext nicht wesentlich verändert. Es gibt zwar seit der Finanzkrise eine wachsende Aufmerksamkeit für die ökonomischen Zusammenhänge und mehr und mehr Men-

schen ahnen, dass wir nicht immer über alle Hintergründe, die zu Hunger und Elend führen, informiert werden, aber viele Hilfsorganisationen appellieren dennoch nur ans Gewissen und bitten um Spenden für die armen leidenden Kinder. Es gibt nur wenig Verständnis davon, wie das Geld eigentlich eingesetzt werden kann und welche Spende wirklich hilft.

Aber was können wir tatsächlich tun, wenn die Regierungen nicht willens sind die Börsengesetze zu verschärfen und damit den Tod Tausender billigend in Kauf nehmen? Die Presse berichtet offen über die Zusammenhänge, aber nichts geschieht.

Das Problem ist ein vollkommen dereguliertes kapitalistisches System. Die Wirtschaft ist liberalisierter als je zuvor und fast alle Regierungen und maßgeblichen Politiker agieren in der Logik der Banken und Finanzmärkte. Die Spekulation auf Nahrungsmittel als ein Weg Geld zu verdienen, treibt Millionen von Menschen weltweit in den Hunger, weil sie ihre Familien nicht mehr ernähren können. In den letzten zwei Dekaden erlebten wir im Norden den Abbau von Regierungsverantwortlichkeiten und den Machtzuwachs der Märkte. Die Ökonomie diktiert alles. Betrachten wir aber die Situation aus dem Blickwinkel des Südens, so gilt in vielen Fragen weiterhin das Primat der Politik. Selbst die Möglichkeit des Aufstandes – wie er aktuell z.B. in der arabischen Welt stattfindet – ist zurückgekommen. Die Menschen suchen nach Wegen, wie



eine Gesellschaft durch politische Mittel transformiert werden kann.

Sie nennen Somalia einen künstlich geschaffenen „Nicht-Ort“. Was meinen Sie damit?

Somalia ist ein interessantes Beispiel dafür, wie der Kalte Krieg an seinem Ende eine Art Ödland hinterließ. Jahrzehntlang wurde es von einem ruchlosen Diktator regiert, der die Unterstützung des Westens genoss. Nachdem ihr Mann Geschichte war, versuchten die Amerikaner weiter ihren Einfluss zu behalten. Sie scheiterten mit einer militärischen Intervention, die sie humanitär begründeten, und hinterließen 1993 das Fiasko der Operation Restore Hope. Das gegenwärtige Bild Somalias ist das der Piraten, die die Ungerechtigkeit anklagen, wenn auch mit gewalttätigen Mitteln. Somalische Fischer verlieren ihr Einkommen, da die Gewässer durch europäische und japanische Fischerboote leer gefischt werden. Gleichzeitig fahren große Containerschiffe vorbei und haben Güter im Wert von Millionen Dollar an Bord. Diese Boote sind wie ein lockendes Symbol: Das Geld segelt vor den Augen der arbeitslosen Fischer, sie sehen es nicht, sie bekommen es nicht zu fassen, es fährt einfach vorbei. Und dann werden aus Fischern genau diese Männer, die aufstehen, rausgehen und das Geld zurückholen. Sie sind ein Beispiel für unsere wechselseitigen Abhängigkeiten in der heutigen Welt. Wenn wir billigen Fisch essen wollen, der am Horn von Afrika gefangen wurde, müssen wir verstehen, dass wir das so erzeugte Elend mitessen. Somalia ist ein Druckpunkt auf das zentrale Nervensystem, das Afrika und Europa verbindet. Wir sollten versuchen diese Zusammenhän-



ge zu verstehen und nicht allein die Gesetzlosen bekämpfen.

In Afrika gibt es immer mehr Leute, die eine Einstellung der Entwicklungszusammenarbeit fordern. Sie sagen, lasst uns alleine und wir helfen uns selbst.

Ja, genau und dagegen kann man nicht gut argumentieren. Es geht aber eigentlich um die Frage: Was wurde mit dem Geld tatsächlich erreicht und was passiert danach? Entwicklungsorganisationen und Geber operieren wie eine regelrechte Industrie, inklusive entsprechender politischer Macht. Wir müssen die Hilfe neu erfinden. Die einzige Weise das zu tun, ist es, neue Wege zu bestreiten und dabei aufzuzeigen: So stärken wir Euch, so bringen wir afrikanische Produkte auf den Markt. Den Menschen muss gestattet werden, ihren eigenen Fisch zu verkaufen, ihre Shrimps selbst aus dem Wasser zu holen, anstatt dass sie von spanischen Schiffen gefischt



Foto: BBC

werden. In Sudan und Äthiopien wurden riesige Landflächen mit dem Versprechen verpachtet, dass 10 % der Erträge lokal investiert werden. Aber viele dieser Abkommen haben keine Nachhaltigkeit sowie keine überprüfbaren Klauseln und führen in der Folge zu neuen Konflikten. Oft werden die Menschen einfach enteignet oder die Verträge werden mit einem Kriegsherrn geschlossen, wie im südlichen Sudan. Die Regierungen geben die Verantwortung ab. Die Lebensmittel werden aus Hungerländern exportiert, als billige Alternative für den Weltmarkt. Mit der Spekulation auf Lebensmittel kauft sich das Modell des liberalen Marktes selbst.

Kann die Finanzkrise als die Krise der Demokratie oder als Krise des westlichen Marktmodells gesehen werden?

Gestern besuchten wir das Protestcamp vor der Europäischen Zentralbank. Wir sehen gegenwärtig diese

Proteste überall in Europa und in Nordamerika. Die Menschen demonstrieren und besetzen die öffentlichen Plätze. Sie fragen nach Gerechtigkeit, und ich meine: nach sozialer Gerechtigkeit. Es ist eine Forderung, die alle vereint, von Kairo bis Barcelona, New York und London. Die Idee wird breitet sich aus, dass diese absolute Unverantwortlichkeit seitens der Finanzwelt nicht länger annehmbar ist. Jetzt werden die Politiker aufgefordert für ihre jahrelang verweiger-te Verantwortung geradestehen. Das politische System wurde ein Sklave der Ökonomie. Die Protestierenden akzeptieren das nicht mehr. Die Menschen im Westen sahen, was im Nahen Osten passierte. Sie identifizierten sich mit den Protesten auf dem Tahrir-Platz und fragten sich, warum tun wir nichts? Wir erreichen jetzt den Punkt, an dem die Kluft zwischen Politik und den Bedürfnissen der Menschen dazu führen kann, dass – wie in London geschehen – die Gesellschaft auseinander bricht. Die Frage bleibt, was geschieht, wenn Politiker hierauf nicht reagieren können – was tun wir dann? ■

Interview:
Anne Jung und Martin Glasenapp

Projektstichwort

Mit einem integrierten Nothilfeprojekt an der Grenze zu Somalia verbindet das People's Health Movement Kenya die Verteilung von Gütern zur Linderung der akuten Not mit der Bekämpfung der strukturellen Ursachen der Hungerkrise. Es sollen alternative sowie langfristige Lösungen gefunden werden und die Betroffenen in ihrer Auseinandersetzung um das Recht auf Gesundheit und Ernährung gegenüber den kenianischen Behörden unterstützt werden. Das Spendenstichwort lautet: **Ostafrika.**

Zäsuren begreifen

medico im Mousonturm

Kann man in einer Bar bei Rotwein und Sekt im weitgehend gentrifizierten Frankfurter Nordend ernsthaft über die Menschen sprechen, die nicht auf der Sonnenseite leben? Die Veranstaltungsreihe „Zäsuren – medico trifft...“, die wir im Herbst diesen Jahres gemeinsam mit dem Frankfurter Künstlerhaus Mousonturm durchführten, schien eine Paradoxie in sich. Denn die entspannte Atmosphäre kontrastierte mit den Themen und Gesprächspartnern. Mit der Zeit-Redakteurin Andrea Böhm unterhielten wir uns über den von ihr viel bereisten Kongo, dessen fortgesetzte kriegerische Konflikte auch



Foto: Christoph Boeckhler

unter Wissenschaftlern als „Dritter Weltkrieg“ bezeichnet werden. Wie die Menschen unter diesen Bedingungen mit

Preis für medico-Partnerin

Shreen Saroor aus Sri Lanka erhält Bremer Friedenspreis 2011

Die Frauen- und Menschenrechtsaktivistin Shreen Saroor erhält am 18. November den Bremer Friedenspreis 2011. Die „Stiftung die Schwelle“ ehrt sie als „begabte Netzwerkerin“, die sich „in der von Elend und Kriegsverwüstungen geprägten Region insbesondere für Frauen stark macht, die Opfer von Gewalt und Ausgrenzung geworden sind.“ Ihr leitendes Motiv ist die eigene Erfahrung: Shreen entstammt zwar der unterdrückten weitgehend hinduistisch geprägten tamilischen Minderheit, gehört aber zu den 70.000 Menschen muslimischen Glau-

bens, die 1990 von den Tamil Tiger-Rebellen von der Nordwestküste der Insel vertrieben wurden. Sie wuchs in einem Flüchtlingslager auf, zog mit ihrer Familie später in die Hauptstadt Colombo. Heute pendelt sie zwischen Colombo und der Nordprovinz, wo sie sich um die Vernetzung von über einhundert lokalen Frauengruppen kümmert.

Für medico hat Shreen 2005 an einer Fact Finding Mission zum Stand der Tsunami-Hilfe teilgenommen. Die skandalöse Ungleichbehandlung von Mehrheits- und

ungeheurer Kreativität ihr Überleben gestalten, war Thema des Abends. Mit der Psychoanalytikerin und Psychodramatikerin Ursula Hauser sprachen wir über die psychischen Folgen von zementierter Ausgrenzung am Beispiel des Gaza-Streifens. Und zuletzt mit dem Schriftsteller Ilija Trojanow über die Möglichkeiten einer politischen Prosa angesichts eines fortschreitenden Klimawandels, dem wir ohnmächtig zusehen, obwohl wir um seine Folgen wissen. Die Ernsthaftigkeit, mit der alle Beteiligten, auch das anwesende Publikum, um diese Themen rangen, schuf jedes Mal eine dichte Atmosphäre, die mit dieser Attüde schon ein Stück Hoffnung verhieß. Verzweiflung, so Ilija Trojanow, könnten sich ohnehin nur die Privilegierten leisten. Unser Fazit: Es braucht diese Orte und diese intime, aber ernsthafte Gesprächsform. Wir hoffen, es geht nächstes Jahr weiter. ■

Minderheitsbevölkerung auch durch die internationalen NGOs erkannte sie damals als Grund für das Wiederaufflammen des Bürgerkriegs. Den hat die Armee ab 2008 als „Krieg gegen den Terror“ geführt: allein in den letzten vier Kriegsmonaten fielen ihm 40.000 Menschen zum Opfer.

Zu uns kam Shreen jetzt nicht nur zur Preisverleihung, sondern zu gemeinsamen Lobbygesprächen in Berlin, Genf und Brüssel. Thema war dabei nicht nur die Gewalt auf Sri Lanka, sondern die sehr reale Gefahr, dass die srilankische Variante des „Kriegs gegen den Terror“ zum Muster vieler anderer Länder wird, in denen Minderheiten um ihre Rechte kämp-

Erfreuliche Entwicklung

Die stiftung medico international zieht Jahresbilanz

Am Vorabend des Attac- und Occupy-Protesttages in Frankfurt trafen sich die Vorstands- und Kuratoriumsmitglieder der *stiftung medico international* und zogen eine erfreuliche Bilanz. 2011 gab es über 450.000 Euro neue Zustiftungen sowie Stiftungsdarlehen, und es konnten fast 95.000 Euro für die medico-Projekt- und Öffentlichkeitsarbeit ausgeschüttet werden. Damit sichert die Stiftung das Projekt *medico* dauerhaft. Auch das jährliche Stiftungssymposium, das sich als Ort der Debatte um strategische Themen versteht, wurde diskutiert. Globale Verhältnisse und psychisches Leid – so lautete der Arbeitstitel. Denn zu den kaum thematisierten Begleiterscheinungen der ökonomischen Globalisierung gehört die massive Zunahme von psychischen Erkrankungen wie Depressionen, Angstneurosen oder Suchtverhalten. Wie sich das im globalen Süden aber auch in Deutschland darstellt, wird Thema der eintägigen Veranstaltung sein. Der Termin steht bereits fest: 11. Mai 2012 in Frankfurt. ■

fen. Den Anfang droht das Nachbarland Indien im Krieg gegen die eigene Landbevölkerung zu machen; doch auch in Kolumbien und der Türkei wird über eine „srilankische Lösung“ spekuliert. Nach ihrer Rückkehr wird sich Shreen wieder um diejenigen kümmern, die in der Hierarchie der Ausgrenzung ganz unten stehen: überlebende Kämpferinnen der Tamil Tigers, die schutzlos der Willkür der Sieger ausgeliefert sind und oft auch von den eigenen Familien missachtet werden. ■

Liebe Leserinnen und Leser,

Sie finden hier eine Auswahl der Materialien, die medico mit viel Sorgfalt erstellt und zu Informations- und Bildungszwecken kostenfrei (mit einigen gekennzeichneten Ausnahmen) zur Verfügung stellt.

Sie helfen medico und den Projektpartnern sehr, wenn Sie zur Weiterverbreitung dieser Materialien beitragen! Machen Sie Freunde, Bekannte, Arbeitskollegen auf das rundschreiben, die medico-Stichworte, die Minenzeitung aufmerksam!

Die vollständige Liste unserer Materialien steht im Internet bereit: unter www.medico.de finden Sie über „Kontakt Service Presse/Publikationen & Material“ die hier abgebildeten und alle weiteren Publikationen zum Bestellen oder Herunterladen.

Für Nachfragen stehen wir Ihnen gerne unter Tel. (069) 944 38-0 zur Verfügung.



medico-Jahresbericht 2010

(36 S.) Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht.



Fluchtursache Reichtum

Migration und Rohstoffhandel in Afrika

(44 S.) Gold, Diamanten, Baumwolle und Fischbestände: In einigen Ländern Westafrikas zeigt sich, dass gerade der Reichtum an Rohstoffen die Migrationsbewegungen innerhalb Afrikas und nach Europa hervorruft.



Auf Rohstoffraub

Kampagnenmaterial zur EU-Rohstoffinitiative

Weltweit steigt die Nachfrage nach Rohstoffen. Die EU sichert sich den schrankenlosen Zugang. Verlierer sind die Länder des globalen Südens. Attac und medico fordern mit der Kampagne gegen Rohstoffraub eine radikale Abkehr von der auf Wachstum ausgerichteten Wirtschaftspolitik. Bestellen Sie Plakate, Flyer oder Aufkleber.

Reisen in die Zivilgesellschaft

medico-Projekte und ihre Kontexte aus der Nahaht

Im Rahmen der „Reisen in die Zivilgesellschaft“, die die Berliner tageszeitung veranstaltet, werden auch regelmäßig Projektpartner von medico besucht. Die Zusammenarbeit von taz und medico hat sich insbesondere bei den Reisen nach Palästina/Israel bewährt.

Bis zum Jahreswechsel 2011/12 werden u.a. Reisen in den Iran, die Türkei und Mali angeboten. Für die bereits ausgebuchte Reise nach Guatemala im Februar 2012, die von unserem medico-Kollegen vor Ort, Dieter Müller, vorbereitet und geleitet wird, gibt es nur den Platz auf der Warteliste. Wir klären gerade, ob die Guatemala-Reise im Februar 2013 noch einmal angeboten wird.

Weitere Informationen unter www.taz.de/tazreisen



Broschüre stiftung medico international

(16 S.) Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.



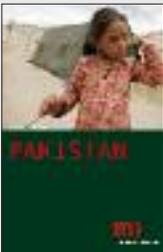
medico-Kurzvorstellung

(16 Seiten, DIN A6) Hilfe in der Not ist unumgänglich. Ein politisches Verständnis von Hilfe geht aber darüber hinaus. medico und seine Partner stellen sich in 12 Projektbeispielen vor.



Stichwort Haiti

(16 S. DIN A5) Arbeitsalltag und Beispiele der medico-Projektarbeit in Haiti, verbunden mit einer Kurzvorstellung von medico und seinem Gesundheitsverständnis.



Stichwort Pakistan

(16 S. DIN A5) Arbeitsalltag und Beispiele der medico-Projektarbeit in Pakistan, verbunden mit einer Kurzvorstellung von medico und seinem Konzept kritischer Nothilfe.



WHY? Jahr für Jahr sterben Flüchtlinge an den Außengrenzen Europas

(DIN A1) Das Plakat können Sie kostenlos bei uns bestellen. Damit es unversehrt bei Ihnen ankommt, verschicken wir es in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €), würden wir uns über eine Spende freuen.
Spendenstichwort: Migration.

Ich bestelle:

Anzahl:

- _____ medico-Jahresbericht 2010
- _____ Broschüre: Fluchtursache Reichtum
- _____ Auf Rohstoffraub: Plakat DIN A2
- _____ Auf Rohstoffraub: Flyer (8 Seiten)
- _____ Auf Rohstoffraub: Aufkleber, 60x40 mm
- _____ Broschüre: stiftung medico international
- _____ medico-Kurzvorstellung
- _____ medico-Stichwort: Haiti
- _____ medico-Stichwort: Pakistan
- _____ medico-Stichwort: Israel / Palästina
- _____ Plakat WHY? DIN A1
- _____ medico rundschreiben 01 | 11
- _____ medico rundschreiben 02 | 11
- _____ medico-Plakate Gesundheit DIN A1

Name: _____

Straße: _____

Ort: _____

Meine Spendernummer: _____

Ich möchte:

- kostenlose Materialien bestellen
- dass einmalig für diese Bestellung eine Spende in Höhe von _____ € von meinem Bankkonto abgebucht wird.

Kontonummer: _____

Bank: _____

Bankleitzahl: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte senden an:

medico international
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main

oder faxen an:
(069) 43 60 02

Spendeninformation

Adressänderung:

Bitte geben Sie bei Änderungen Ihrer Adresse auch Ihre alte Anschrift und/oder die Spendennummer an. So ermöglichen Sie es uns, Sie zu „finden“, und helfen zugleich mit, Verwaltungskosten zu sparen.

Einmalige Spende:

Für Spenden ab 50 € schicken wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zu. Für alle Spenden unter diesem Betrag empfehlen wir Ihnen, Ihrem Finanzamt eine Kopie Ihres Kontoauszugs zusammen mit einem Abriss eines medico-Überweisungsformulars einzureichen. Auf der Rückseite des Abrisses befinden sich Informationen zum Freistellungsbescheid. Selbstverständlich stellen wir Ihnen auch für Spenden unter 50 € auf Anfrage eine Spendenbescheinigung aus. Wenn Sie mehr als einmal im Jahr spenden, schicken wir Ihnen keine Einzelquittung, sondern gerne zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Fördermitgliedschaft:

Die Fördermitgliedschaft bei medico sieht keine Projektbindung vor. Vielmehr unterstützen Sie damit unsere gesamte Projekt- und unsere unabhängige Öffentlichkeitsarbeit. Die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen es uns, langfristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen, aber auch flexibel zu reagieren, wenn akute Hilfe notwendig ist. Der jährliche Förderbeitrag liegt

bei mind. 120 €. Das wäre z.B. der relativ kleine Betrag von 10 € monatlich. Für Leute mit wenig Geld (Auszubildende, Erwerbslose, Studierende) beträgt der jährliche Förderbeitrag 60 €. Für alle regelmäßigen Spenden (Fördermitgliedsbeiträge, Einzugsermächtigungen und Daueraufträge) schicken wir Ihnen jeweils im Januar des darauffolgenden Jahres eine Sammelbestätigung zu, auf der alle Spenden des Jahres aufgeführt sind.

Spendenquittungstelefon:

Tel. (069) 944 38-11, Fax: (069) 944 38-15 oder E-Mail: info@medico.de

Bankverbindung:

medico international, Spendenkonto 1800, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01

Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen! medico international ist gemeinnützig und Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.

stiftung medico international:

Wenn Sie, statt einer Spende – die unmittelbar in die Projektförderung fließt – über eine Einlage in die stiftung medico international – deren Wirkung auf Dauer angelegt ist – nachdenken, dann senden wir Ihnen gerne weitere Informationen.

Sie können sich auch direkt an Gudrun Kortas wenden: Tel. (069) 944 38-28 oder per Email: kortas@medico.de

impressum

Herausgeber:
medico international
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main

Tel. (069) 944 38-0
Fax (069) 43 60 02

Spendenkonto: 1800
Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01

E-Mail: info@medico.de
Internet: www.medico.de

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
Thomas Gebauer, Martin Glasenapp
Korrektorat: Marek Art
Gestaltung: ostpol

Mitarbeit Seiten 7 und 34-37: Sina Schüssler

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf 100% Recyclingpapier gedruckt.





NEU

Broschüre: Wissenswertes zu Testament und Erbschaft

Kostenlose Bestellung unter: www.medico.de

Nachhaltige Veränderungen, das zeigt der Geschichtsprozess, bedürfen eines Engagements, das weit über einzelne Generationen hinweg reicht. Selbst wenn wir in unserem eigenen Leben unsere Ziele nicht verwirklicht sehen, können wir doch Spuren hinterlassen, die es den Nachfolgenden leichter machen, für das einzutreten, was uns selbst wichtig gewesen ist.

Wenn Sie medico international testamentarisch berücksichtigen, helfen Sie uns und unseren Partnerorganisationen in Afrika, Asien und Lateinamerika, weiterhin für das Menschenrecht auf den bestmöglichen Zugang zu Gesundheit zu kämpfen und Menschen in Not und Armut zur Seite zu stehen. Die von Verein und Stiftung medico international gemeinsam herausgegebene Broschüre „Wissenswertes zu Testament und Erbschaft“ bietet Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen und gibt Ihnen weiterführende Adressen an die Hand.

Gerne beantworten wir Ihre Fragen dazu auch in einem persönlichen Gespräch. Ihre Ansprechpartnerin bei medico: Gudrun Kortas, Tel. (069) 94438-28, kortas@medico.de

„Es geht um den Umbau der Welt zur Heimat,
ein Ort, der allen in der Kindheit scheint und worin
noch niemand war.“ (Ernst Bloch)



Occupy Oakland, USA, November 2011. Foto: Reuters



medico international